

Mehr im Online-Magazin →



wirtschaft

in Bremen und Bremerhaven

Ausgabe 2 / April 2023



www.handelskammer-magazin.de



**Das
Bundesland
Bremen wählt**

Wahl 2023: Wirtschaftspolitik im Fokus

BIDs Die Erfolgsgeschichte geht weiter

Ausbildung Individuelle Hilfe für Jugendliche



GLASFASER KOMMT AN!

Surfen Sie jetzt lichtschnell und umweltbewusst mit bis zu 1.000 Mbit/s.¹

Gleich sichern: swb.de/glasfaserausbau

swb

FÜR HEUTE. FÜR MORGEN. FÜR MICH.

1) Soweit regional bei Ihnen verfügbar und technisch realisierbar.
2) Der Hausanschlusspreis in Höhe von 0 € gilt nur für Privatkunden in ausgewählten Glasfaser-Gebieten bei gleichzeitiger Beauftragung eines Glasfaser-Produktes. Im Hausanschlusspreis inbegriffen ist die Verlegung einer Glasfaserleitung bis zum Hausübergabepunkt. Alle Preise inkl. gesetzlicher MwSt. Angebot regional begrenzt verfügbar und vorbehaltlich technischer Realisierbarkeit. Irrtümer und Druckfehler vorbehalten. EWE TEL GmbH, Am Weser-Terminal 1, 28217 Bremen.

Wählen Sie für Bremen und Bremerhaven!



Es sind nur noch wenige Wochen bis zur Bürgerschaftswahl am 14. Mai. Wir alle sind aufgerufen, mit unserer Stimmabgabe den zukünftigen Kurs des Landes Bremen mitzubestimmen.

Als international stark vernetzter Wirtschaftsstandort steht unser Bundesland nicht zuletzt aufgrund einer neuen geopolitischen Situation und vieler gleichzeitiger Krisen vor großen Herausforderungen. Deshalb ist es jetzt besonders wichtig, die richtigen Entscheidungen für die Zukunft der Städte Bremen und Bremerhaven zu treffen.

Wir haben die Unternehmen in Bremen und Bremerhaven gefragt, bei welchen Themen sie besonderen Handlungsdruck sehen. Aus den Ergebnissen haben wir die zehn zentralen Aspekte – von Bildung, Standortqualität, Innovation, Digitalisierung, Abgabelasten, Entbürokratisierung, Fachkräftesicherung bis zum Tourismus in unseren Städten – mit konkreten Handlungserfordernissen unterlegt und ein eigenes Positionspapier mit konkreten Vorschlägen veröffentlicht.

Zu den wichtigsten Aspekten unserer Standortumfrage haben wir auch die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der Parteien mit Fraktionsstatus in der Bremischen Bürgerschaft befragt. Ihre Antworten geben Auskunft über Konzepte und Profile der Parteien.

Die Unternehmen in unserem Land sind leistungsfähig und innovativ. Sie sorgen für Wachstum und Arbeitsplätze – und durch ihre Erträge auch für soziale Aufgaben, Bildung, Kultur und Infrastrukturausbau. Um Bremens und Bremerhavens wirtschaftliche und soziale Kraft zu erhalten, brauchen die Unternehmen gute Standortbedingungen und gut ausgebildete Fachkräfte.

Daher ist es aus Sicht der Wirtschaft wichtig, dass es der neuen Landesregierung gelingt, Perspektiven für die drängendsten Fragen des Standortes zu entwickeln: Wie kann Bremen in der Bildung besser werden? Wie können wir Innovationen fördern? In welchen Bereichen können wir mit mehr Pragmatismus schneller vorankommen? Wie erhalten und verbessern wir die Attraktivität der Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven? Das sind die Herausforderungen, an denen wir die Projekte der künftigen Landesregierung messen müssen.

Daher ist es wichtig, dass wir alle uns an der Bürgerschaftswahl beteiligen. Daher meine herzliche Bitte: Gehen Sie zur Wahl!

Ihr

Eduard Dubbers-Albrecht
Präses



Titelbild Melinda Nagy

Mehr online

Weitere Inhalte finden Sie im Online-Magazin der Handelskammer:



www.handelskammer-magazin.de

Grüner drucken: Schutz für Mitarbeitende, Umwelt und Budgets 22

Jedes Büro kann seinen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit und für eine gesunde Umgebung leisten, meint Tanja Schmidt von der Igreen Solutions GmbH. Das erste komplett grüne Studio für Multifunktionsgeräte im Norden Deutschlands möchte zeigen, wie es geht.



Individuelle Hilfe bei der Ausbildung – und auf dem Weg dorthin 58



Wenn es Probleme rund um das Thema Ausbildung gibt, steht die Jugendberufsagentur (JBA) als Ansprechpartnerin bereit: Das ist eine der Kernbotschaften, die JBA-Repräsentantin Carola Brunotte den Unternehmen im Land Bremen vermitteln möchte. Zwei wichtige Angebote zur Förderung Jugendlicher, die eine besondere Unterstützung benötigen, sind die Assistierte Ausbildung und die Aufsuchende Beratung.



Fotos Karsten Klama, Wolfhard Scheer, Igreen Solutions GmbH, Maison Nala

Erfolgsgeschichte geht in die nächste Runde 16

Seit der Gründung der so genannten Business Improvement Districts (BIDs) im Ansgari-Quartier und in der Sögestraße kümmern sich die dortigen Anlieger gemeinsam darum, ihren Standort noch attraktiver zu gestalten. Nun wurde das Erfolgsmodell an beiden Standorten um weitere fünf Jahre verlängert.

Auf den perfekten Geschmack gekommen 62



Nadine Pilarczyk und Jana Schumacher haben einen hochwertigen Schaumwein nach französischem Vorbild in traditioneller Flaschengärung kreiert und sich mit ihrem Bourrée selbstständig gemacht.



Jahresbericht: Gemeinsam den Wandel meistern 8

Trotz der Krisen verzeichnete die bremische Wirtschaft im vergangenen Jahr ein vergleichsweise hohes Wachstum. Auch die aktuelle Geschäftslage hat sich etwas verbessert. Allerdings werden Energieversorgung, Rohstoffpreise, Material- und Fachkräftemangel weiterhin als Geschäftsrisiken gesehen.

- 3 Der Kommentar
- 6 Gesichter der Wirtschaft
- 12 Namentlich notiert
- 60 Impressum

MARKTPLATZ

- 8 Jahresbericht: Gemeinsam den Wandel meistern
- 11 Welterbetage 2023 mit Schütting-Führungen
- 14 Neu im Online-Magazin
- 16 Bremer BIDs: Erfolgsgeschichte geht in die nächste Runde
- 18 BLG mietet Fläche für „High & Heavy Factory“
- 20 Schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken gegen Ausbildungsabgabe
- 22 Grüner drucken: Schutz für Mitarbeitende, Umwelt und Budgets
- 24 Botschafter und Generalkonsulin zu Besuch

TITEL

- 26 Bürgerschaftswahl 2023: Die Positionierung der Wirtschaft und die Positionen der Parteien
- 46 Wahlhelden gesucht

DOKUMENTE

- 47 Verwaltungsvorschrift
- 48 Sachverständigenordnung

PLENUM

- 52 Aus dem Plenum
- 52 DIHK-Vollversammlung vollendet Rechtsformwechsel
- 56 Aus den Ausschüssen

INFOTHEK

- 58 Individuelle Hilfe bei der Ausbildung – und auf dem Weg dorthin
- 60 Jubiläen

START-UP DES MONATS

- 62 Auf den perfekten Geschmack gekommen



Gesichter der Wirtschaft

Bernd Kidler

65 Jahre alt

MR PlanFabrik GmbH

Prokurist und Senior Vice President

16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Fotografiert von Jörg Sarbach

Immer weiter, immer mehr

Bernd Kidler hat sein Leben lang gelernt – und er ist noch längst nicht fertig damit. Die Welt wird zunehmend komplexer. Immer wieder gibt es etwas Neues zu entdecken, zu verstehen und anzuwenden. Genau das ist es, was Kidler antreibt.

So war er schon als Kind. Im Alter von elf Jahren begann er Geige zu spielen. „Ein wunderbares Instrument, auch wenn die ersten Jahre recht hart sind, bis man die ersten wirklich schönen Klänge spielt“, erinnert sich Kidler. Er gab nicht auf, im Gegenteil. Er entwickelte eine große Leidenschaft für die Musik und kaufte sich später eine rund 250 Jahre alte Geige, die er heute noch ab und zu spielt.

Auch an der Uni Bremen war Kidler auf der Suche nach neuem Wissen. Zunächst ohne konkreten Berufswunsch studierte er Mathematik – und lernte fürs Leben. „Ich habe gelernt, Herausforderungen anzunehmen und komplexe Probleme zu lösen, indem man sie zunächst auf eine andere Ebene hebt.“ Nach dem Studium arbeitete Kidler im technischen Marketing bei der Software AG in Darmstadt und im globalen Rollout bei der SAP AG in Baden-Württemberg, ehe er ein Start-up im Bereich Körperschallsensorik gründete.

Inzwischen ist Kidler Senior Vice President bei der MR Planfabrik GmbH und leitet den Bereich Strategische Beratung und Digitalisierung. „Unsere Schwerpunkte sind Planung, Effizienz und Zukunftsfähigkeit in Produktion und Logistik. Da kann ich viel Wissen und Erfahrung an unsere Kunden weitergeben, gleichzeitig muss ich selbst am Ball bleiben. Neue Produktionstechniken, erneuerbare Energien, Künstliche Intelligenz – es geht darum, die neuen Technologien zu verstehen und zu beurteilen, ob und wie ihr Einsatz für unsere Kunden wirtschaftlich umgesetzt werden kann.“

Das Thema Nachhaltigkeit hat zudem bei Kidler eine ganz besondere Bedeutung. Dafür sorgt auch sein knapp dreijähriger Enkelsohn. Mit ihm hat Kidler beim Familienurlaub auf Sylt den Strand erkundet und den Blick übers Meer bis zum Horizont schweifen lassen. „Wenn ich meinen Enkel sehe, dann wird mir einmal mehr bewusst, wie wichtig es ist, dass wir nachhaltig denken und handeln.“ Gleichzeitig ist Kidler von der Spontaneität und Unbefangenheit fasziniert, mit der sein Enkel die Welt entdeckt, und lernt durch ihn, die Welt noch mal mit anderen Augen zu betrachten. Mit dem Lernen ist Kidler nämlich noch längst nicht fertig.

MARKTPLATZ

Aktuelles aus Bremen und Bremerhaven



Hafenentwicklung ist für die Handelskammer zurzeit eines der fünf großen Themen.

Hier können Sie den Jahresbericht herunterladen:



Gemeinsam den Wandel meistern

Trotz der Krisen verzeichnete die bremische Wirtschaft im vergangenen Jahr ein vergleichsweise hohes Wachstum. Auch die aktuelle Geschäftslage hat sich etwas verbessert.

Die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben das Jahr 2022 maßgeblich geprägt. „Das Jahr begann mit der Hoffnung auf das Ende der Pandemie, bevor im Februar durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ungeahnte neue Unsicherheiten auf die Unternehmen in Bremen und Bremerhaven zukamen“, sagte Handelskammer-Präses Eduard Dubbers-Albrecht bei der Vorstellung des Jahresberichts 2022 im Haus Schütting. „Die ungewisse Energieversorgung sowie massiv gestiegene Preise bei Energie und Material führten zum Teil sogar zu existenziellen Bedrohungslagen in der bremischen Wirtschaft.“

Trotz der aktuellen Herausforderungen gebe es aber auch positive Tendenzen: „Wir sehen in der Energiekrise für den Nordwesten auch große Chancen, die wir nutzen müssen“, so der Präses. „Die Küstenländer sind für die On- und Offshore-Windenergie und die Wasserstoffwirtschaft wichtige Knotenpunkte. Die Industrie zieht dahin, wo es Energie auf möglichst kurzen Wegen gibt. Diesen Vorteil müssen wir ausspielen.“ Dubbers-Albrecht benannte fünf Themen, die 2022 und auch in diesem Jahr für die Handelskammer im Vordergrund stehen:

Duale Ausbildung

„Die geplante Ausbildungsabgabe ist der völlig falsche Weg, um junge Menschen für eine Ausbildung zu begeistern“, betonte Dubbers-Albrecht. „Es fehlt nicht an freien Plätzen, Geld oder Maßnahmen, sondern an ausbildungsreifen Jugendlichen.“ Ein Vorbild könne

Hamburg sein, das sich in der Pisa-Studie eine gute Platzierung erarbeitet habe, indem der Fokus auf den Leistungsgedanken, intensiveren Vorschulunterricht und Qualitätsmanagement gelegt worden sei.

Gewerbeflächenentwicklung

„Wir brauchen mehr Flächen, die wir im Land Bremen und auch zusammen mit Niedersachsen in der Region anbieten können“, so der Präses. Nur so könne man Unternehmen aus den für Bremen wichtigen Branchen wie Häfen und Logistik, Automotive und Luft- und Raumfahrt für eine Ansiedlung gewinnen.

Hafenentwicklung

Im vergangenen Jahr hat der Bremer Senat das Hafenentwicklungskonzept 2023 des Landes Bremen verabschiedet, in dem die Handelskammer sich und die Belange der maritimen Wirtschaft stark einbrachte. „Die Sanierung der Stromkaje in Bremerhaven, aber auch die Anpassungen der nördlichen Unterweser, der Außenweser und der Wesermündung sind wichtige Schritte, die wir gehen müssen, um mitzuhalten“, erklärte Präses Dubbers-Albrecht.

Innenstädte Bremen und Bremerhaven

In Bremerhaven ist es laut Handelskammer entscheidend, dass es Investoren und konkrete Pläne für das Areal des ehemaligen Karstadt-Gebäudes gibt, bevor es

abgerissen wird und eine Baulücke entsteht. In Bremen sei trotz aktueller Projekte wie dem Balgequartier noch immer keine ausdrückliche Aufbruchstimmung zu spüren.

Klimaschutz

Die Handelskammer begleitet die Unternehmen bei der notwendigen Transformation für den Klimaschutz und hat auch selbst wichtige Maßnahmen zur Senkung des CO-Ausstoßes unternommen. Doch statt einen Klimafonds über 2,5 Milliarden Euro anzulegen, empfiehlt die Handelskammer, lieber einzelne Projekte zu identifizieren, eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufzustellen und erst dann gezielt zu fördern.

Konjunkturelle Entwicklungen

Mit einem preisbereinigten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von +5,0 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum war die wirtschaftliche Dynamik im Land Bremen 2022 höher als im Bundesdurchschnitt (+2,8 Prozent). Laut Handelskammer-Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger sorgten die leichte Entspannung auf den Energiemärkten und die verbesserte Planungssicherheit durch die Energiepreislösung für Hoffnung, dass die Krise milder verlaufen wird als zunächst befürchtet. „Die bremischen Unternehmen sind trotz aller Schwierigkeiten mit der Situation noch gut zurechtgekommen“, sagte er. (NSV)

Ursula B. Schnaars (Dr. phil.)
Sprachtrainerin – Übersetzerin

- Englisch / Französisch / Deutsch für Schule und Beruf
- Übersetzungen
- Lektorat

fon: 0170 - 54 34 768
info@sprache-ursula-schnaars.de
www.sprache-ursula-schnaars.de

language

WENN
du Macher bist,

GewerbeSchutz
Wir geben Selbstständigen Sicherheit:
vom eigenen Start-up bis zur Zahnarztpraxis.
www.oevb.de/firmen
Finanzgruppe

DANN
sind wir deine
Versicherung.

ÖVB
fair versichert



Foto Jörg Sarbach

Empfang zur Schaffermahlzeit

Am zweiten Freitag im Februar findet traditionell Bremens bedeutendstes Fest, die Schaffermahlzeit, im Rathaus statt. Am 10. Februar 2023 wurde die Veranstaltung zum 479. Mal ausgerichtet. Vorab lud die Handelskammer wieder zu einem Empfang ins Haus Schütting. Der Ehren-gast, Bundesverkehrsminister Volker Wissing, trug sich dort ins Goldene Buch der Handelskammer ein.



Foto Karsten Klama

Gelungene Generalprobe
Sie ist die Generalprobe für das große Fest: Im Haus Schütting findet am Montagabend vor der Schaffermahlzeit traditionell die Schmeckemahlzeit statt, um das Menü und den Wein zu verkosten. Verbunden damit ist auch die Rechnungslegung der Wittwen- und Statutenkasse.



Foto Jörg Sarbach

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger zu Besuch

Anlässlich der Vortragsreihe „Bildungsgerechtigkeit in Bremen – Anspruch und Wirklichkeit – Perspektiven aus Bildung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft im Dialog“ war die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger, am 22. Februar zu Gast im Haus Schütting. Ausgerichtet wird die Reihe von der Initiative Weitwinkel Bildung.

Informationen zur Veranstaltungsreihe:



www.handelskammer-magazin.de/bildungsgerechtigkeit



Welterbetage 2023 mit Schütting-Führungen

Anfang Juni rückt der Unesco-Welterbetag bedeutende Kulturerbestätten in den Mittelpunkt. Dieser Tag wird am Wochenende vom 2. bis 4. Juni 2023 mit der Veranstaltungsreihe Bremer Welterbetage begleitet. Den Start macht am Freitag das Mitsingfest „Bremen so frei – Ein Fest in 11 Liedern“ auf der Marktplatzbühne. Am 2. Juni startet auch die Ausstellung „Bremen – Geschichte – Welterbe“, die bis zum 22. Juni in der Unteren Halle des Rathauses zu sehen sein wird. Am 3. Juni gibt es in der Bremischen Bürgerschaft mit „Aus den Akten auf die Bühne“ eine szenische Lesung zur Selbstständigkeit des Landes Bremen.

Am Sonnabend und Sonntag werden darüber hinaus zahlreiche Führungen angeboten. Die Handelskammer bietet Be-



sucherinnen und Besuchern dabei besondere Einblicke in das Haus Schütting. Am Sonnabend, 3. Juni, finden die Führungen unter dem Titel „Handel und Wandel in der Kaufmannsstadt“ um 21 und 22 Uhr statt.

Anmeldungen für die Schütting-Führungen nimmt Britta de Buhr entgegen.
deBuhr@handelskammer-bremen.de

Das gesamte Programm der Welterbetage ist hier verfügbar

www.welterbe.bremen.de/welterbetage2023



KATHE DRALE

KATHEDRALE – in der Umgedrehten Kommode

BREMENS COOLSTE POP-UP EVENT-LOCATION!

Für innovative Business Meetings, Präsentationen, Tagungen und Workshops.

Mit Bar, Bistro und Lounge.

location-kommode.de

Namentlich notiert



Der Akademische Senat der Hochschule Bremen hat **Prof. Konrad Wolf** zum neuen Rektor gewählt. Der Wissenschaftler aus Bayern wird am 1. September 2023 die Nachfolge der langjährigen Rektorin Prof. Karin Luckey antreten, die nach drei Amtszeiten in den Ruhestand geht. Wolf war an der Hochschule Kaiserslautern zunächst als Dekan, dann als Vizepräsident für Lehre und Forschung sowie schließlich als Präsident (2009 bis 2016) tätig. Von 2016 bis 2021 war der Physiker zudem Wissenschaftsminister des Landes Rheinland-Pfalz.

Die Fides Treuhand hat **Stefanie Stuntebeck** (oben) und **Inke Rogge** als Gesellschafterinnen aufgenommen und zu weiteren Geschäftsführerinnen bestellt. Stuntebeck ist seit 2018 Partnerin bei Fides. Ihre Schwerpunkte liegen im Bereich der Prüfung und Beratung mittelständischer Unternehmen. Rogge ist seit 1994 bei Fides und seit 2013 Partnerin. Sie fokussiert sich auf die ganzheitliche Betreuung inhabergeführter Unternehmen in den Bereichen Abschlussprüfung und Steuern. Darüber hinaus hat **Marc Middendorf** die Fides als Partner verstärkt. Zu seinen Schwerpunkten zählen sowohl die Betreuung von kapitalmarktorientierten Unternehmen als auch die Prüfung und Beratung mittelständischer Unternehmen nach nationalen oder internationalen Rechnungslegungsvorschriften.



Der Projektlogistik- und Schwergutexperte LS Cargo Logistics verstärkt sein Management-Team mit den Geschäftsführern **Thomas Meisner** (rechts) und **Holger Hinrichs**. COO Hinrichs



verfügt über 25 Jahre Erfahrung in der Projektlogistik und Schifffahrtsbranche und wird das operative Geschäft im Logistikbereich federführend leiten. Meisner, ein langjähriger Mitarbeiter im Unternehmen LS Cargo, wird die Position des Chief Commercial Officers (CCO) übernehmen. Hinrichs und Meisner komplettieren damit die Geschäftsführung um Ole Dammann.



Der Wohnbauträger Interhomes AG hat **Aylin Vierkötter** am 21. Februar in den Aufsichtsrat gewählt. Die Enkelin des Firmengründers folgt ihrer Mutter Yasemin Grabbe, die den Aufsichtsrat auf eigenen Wunsch verlassen hat und sich künftig operativen Geschäftsfeldern im Unternehmen zuwenden möchte. Aylin Vierkötter, die zusammen mit ihrem Bruder Enver Vierkötter die dritte Generation im Familienunternehmen bildet, hat eine Ausbildung zur Immobilienkauffrau und ein Studium in der Immobilienwirtschaft absolviert. Zudem arbeitete sie bei einem mittelständischen Immobilienunternehmen als Business Analyst.



Mit Wirkung zum 1. Februar wurde **Michael Strudthoff** zum Geschäftsführer der Schifffahrts-Kontor Detra GmbH & Co. KG bestellt. Er ist bereits seit 1991 bei dem Unternehmen der Dettmer Group beschäftigt und erhielt

2015 Prokura. „Die geschäftliche Entwicklung war in den letzten Jahren unter der Leitung von Michael Strudthoff sehr erfolgreich und dies haben wir zum Anlass genommen, ihn zum Geschäftsführer zu bestellen“, erklärte Heiner Dettmer. Das Kerngeschäft von Detra liegt in der Befrachtung von Massengütern, Stückgütern und Projektladungen sowie in der Klärung von Seeschiffen.

Abat ist Arbeitgeber des Jahres

Der SAP-Dienstleister und Softwareentwickler Abat hat im Ranking „Top Job 2023“ den ersten Platz unter allen Unternehmen mit 251 bis 500 Mitarbeitenden erreicht. Dem Ranking liegt eine Befragung der Mitarbeitenden durch die Universität St. Gallen zugrunde. In allen Bewertungskriterien liegt Abat an der Spitze. So loben die Mitarbeitenden eine Firmen- und Kommunikationskultur, in der sämtliche Zahlen und Entscheidungen für alle transparent seien und der gesunde Menschenverstand sowie Selbstverantwortung eine bedeutende Rolle spielten. Abat bilde „eine große, herzliche Familie“, in der alle Beteiligten ihre Meinung äußern und Kritik und Ideen einbringen könnten, heißt es in den anonymen Antworten der Befragten.

www.abat.de



Bremer Umweltpreis 2023 ausgelobt

Unternehmen aus Bremen und Bremerhaven können sich bis zum 31. Mai um den Bremer Umweltpreis bewerben. Das siegreiche Produkt, Projekt oder Verfahren zur Entlastung von Umwelt und Klima wird mit 10.000 Euro prämiert. Gesucht wird beispielsweise eine energieeffiziente, ressourcenschonende Produktion oder eine umweltorientierte Strategie mit Wirkung in alle Unternehmensbereiche. Der Preis wird von der BAB Förderbank für Bremen und Bremerhaven in Kooperation mit dem Netzwerk „Umwelt Unternehmen“ vergeben. Zu den weiteren Unterstützern zählt auch die Handelskammer Bremen.

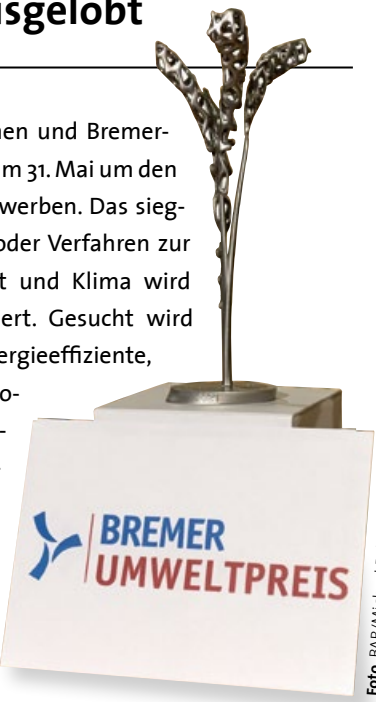


Foto: BAB/Michael Bahlo

www.bremerumweltpreis.de



FÜR ALLE, DIE GERN AUF TOUR GEHEN.



Mtl. Nettoleasingrate ab 162,00 €¹

UNSER BUSINESS-LEASINGANGEBOT¹:

ŠKODA KAMIQ TOUR 1,0 TSI 70 kW 5-Gang
Energy-Blau, Parksensoren hinten, Bluetooth, Sitzheizung vorn, 2-Zonen Climatronic, Smart Link, DAB+ u. v. m.

Vertragslaufzeit	48 Monate
Jährliche Fahrleistung	10.000 km
Sonderzahlung (netto)	990,00 €
48 mtl. Leasingraten (netto)	162,00 €¹

Kraftstoffverbrauch in l/100 km, kombiniert: 5,4; Kurzstrecke: 6,7; Stadtrand: 5,1; Landstraße: 4,7; Autobahn: 5,8. CO₂-Emissionen in g/km, kombiniert: 123. (WLTP-Werte).²

¹ Ein Angebot der ŠKODA Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. Dieses Angebot enthält die Wechselprämie, diese wird zusätzlich zum Restwert Ihres Fahrzeuges und gültig beim Kauf eines neuen, noch nicht zugelassenen ŠKODA KAMIQ TOUR für Privatkunden und gewerbliche Einzelabnehmer bis einschließlich 30.06.2023 (Datum des Kaufvertrags) gewährt. Voraussetzung ist die gleichzeitige Inzahlungnahme eines Gebrauchtfahrzeugs (ŠKODA oder Fremdfabrikat, gilt nicht für Fahrzeuge des Volkswagen Konzerns), das zum Zeitpunkt des Kaufvertrags mindestens sechs Monate auf den Käufer zugelassen sein muss. Nicht kombinierbar mit weiteren Sonderaktionen oder Sonderkonditionen. Bonität vorausgesetzt. Alle Preisangaben zzgl. Mehrwertsteuer und Überführungskosten. Stand 03/2023. Änderungen und Irrtümer vorbehalten.

² Die angegebenen Verbrauchs- und Emissionswerte wurden nach dem gesetzlich vorgeschriebenen WLTP-Verfahren (Worldwide Harmonized Light Vehicles Test Procedure) ermittelt, das ab dem 1. September 2018 schrittweise das frühere NEFZ-Verfahren (neuer europäischer Fahrzyklus) ersetzt. Der Gesetzgeber arbeitet an einer Novellierung der Pkw-EnVKV und empfiehlt in der Zwischenzeit für Fahrzeuge, die nicht mehr auf Grundlage des NEFZ-Verfahrens homologiert werden können, die Angabe der WLTP-Werte, welche wegen der realistischeren Prüfbedingungen in vielen Fällen höher sind als die nach dem früheren NEFZ-Verfahren. Informationen zu den Unterschieden zwischen WLTP und NEFZ finden Sie unter skoda.de/wltp.

Abbildung zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis.

ŠKODA BREMEN SCHMIDT + KOCH GmbH
Stresemannstraße 1-7, 28207 Bremen
T 0421 4495700, str@schmidt-und-koch.de

AUTOHAUS NEUSTADT SCHMIDT + KOCH GmbH
Neuenlander Straße 440, 28201 Bremen
T 0421 87100, neu@schmidt-und-koch.de

SCHMIDT + KOCH GmbH
Stresemannstraße 122, 27576 Bremerhaven
T 0471 5940, bhv@schmidt-und-koch.de

Neu im Online-Magazin

Unter handelskammer-magazin.de finden Sie regelmäßig aktuelle Beiträge aus der Bremer und Bremerhavener Wirtschaft. Lesen Sie online!



(ganz links) Dr. Guido Nischwitz vom Institut für Arbeit und Wirtschaft plädierte für ein regionales Gewerbeflächen-Monitoring.

Das Interesse an der Veranstaltung war groß – auch medial.

Gewerbeflächen: Höchste Zeit für regionale Kooperation

Beim Thema Gewerbeflächen drückt fast alle Städte, Kommunen und Gemeinden der Schuh. Das Symposium „Regionale Gewerbeflächenentwicklung – Chancen und Hemmnisse einer engeren Kooperation zwischen Bremen und seinem niedersächsischen Umland“ zeigte, dass eine nachhaltige Lösung nur gemeinsam gelingen kann.

Zum Artikel:

 www.handelskammer-magazin.de/flaechen



Chancen und Risiken des digitalen Euro

Wir alle bezahlen bereits digital mit Euros, aber noch nicht mit digitalen Euros. Der Unterschied: Bei Letzteren wird es sich um sogenanntes Zentralbankgeld handeln, während die Bits und Bytes, die wir schon jetzt für Online-Zahlungen nutzen können, Geschäftsbankengeld darstellen. Welche Konsequenzen die Einführung des digitalen Euro für die Wirtschaft und Privatpersonen haben könnte, diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung „Digitaler Euro für eine digitale Wirtschaft?“ am 20. Februar mit Moderatorin Corina Paetsch, Präsidentin der Bundesbank-Hauptverwaltung in Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Zum Artikel:

 www.handelskammer-magazin.de/digitaler-euro



Burkhard Balz, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, berichtete im Schütting von den aktuellen Planungen zur Einführung des digitalen Euro.

Foto: Bundesbank/Tim Wegner

200 Jahre Kunstverein in Bremen: „Die waren eben schlau“

Der Kunstverein – und mit ihm die Kunsthalle – sind bereits seit der Gründung sehr eng mit der Bremer Kaufmannschaft verbunden.

Die Kunsthalle Bremen steht in diesem Jahr ganz im Zeichen eines besonderen Jubiläums: Gefeierte wird der 200. Geburtstag des Kunstvereins in Bremen, der bis heute der private Träger der Kunsthalle ist – und mit über 10.000 Mitgliedern auch einer der größten Kunstvereine in ganz Deutschland. Der Anlass wird würdig gefeiert: Unter anderem sind große eigene Schauen geplant, darunter die Ausstellungen „Geburtstagsgäste. Monet bis Van Gogh“, die ab dem 7. Oktober zu sehen sein wird.

Zweihundert Jahre Kunstverein in Bremen – das heißt aber auch 200 Jahre Begeisterung für die Kunst, ästhetische Erziehung, bürgerliches Engagement und tiefe Verankerung in der Stadtgesellschaft. Kunstvereins-Vorsitzerin Nicole Lamotte sagt: „Die Geschichte des Kunstvereins ist im Grunde die Geschichte des bürgerlichen Engagements, die sich bis heute fortsetzt.“



Die Vorsitzerin des Kunstvereins, Nicole Lamotte, möchte verstärkt jüngere Generationen ansprechen – auch bei den Unternehmerinnen und Unternehmern.

Die Bremer Kunsthalle um 1910 herum.



Fotos: Kunsthalle Bremen

Lesen Sie den vollständigen Beitrag dazu unter:

 www.handelskammer-magazin.de/kunstverein





JOHANN OSMERS

WÄRME | SANITÄR | KLIMA | KÄLTE

Johann Osmers GmbH & Co. KG
Auf der Höhe 4 | 28357 Bremen
Tel. (0421) 871 66 - 0
Fax (0421) 871 66 - 27
www.johann-osmers.de

VOM FACH AM WERK.
SEIT 1909



Enjoy business.

treuhand.de

Erstklassig beraten

Fundiertes Wissen, langjährige Erfahrung und viel Begeisterung: Wir begleiten Sie bei allen Fragen der Wirtschaftsprüfung, Steuer-, Rechts- und Unternehmensberatung und IT-Beratung. So können Sie sich ganz auf Ihre Kernkompetenzen und die Führung Ihrer Unternehmen konzentrieren.

HLB GLOBAL AUDIT, TAX AND ADVISORY

TREUHAND



Das Ansgari-Quartier (l.) und die Sögestraße (r.) zählen zu den ältesten und erfolgreichsten deutschen BIDs.



Fotos: Karsten Klamra

Erfolgsgeschichte geht in die nächste Runde

Seit der Gründung der so genannten **Business Improvement Districts (BIDs)** im Ansgari-Quartier und in der Sögestraße kümmern sich die dortigen Anlieger gemeinsam darum, ihren Standort noch attraktiver zu gestalten. Nun wurde das Erfolgsmodell an beiden Standorten um weitere fünf Jahre verlängert.

Das BID Ansgari-Quartier im Bereich Ansgarikirchhof ist das älteste BID Bremens und das wohl kleinste Deutschlands. Seit seiner Gründung 2009 hat die dortige Eigentümergemeinschaft Maßnahmen mit einem privaten Volumen von rund einer Million Euro umgesetzt. Entstanden ist ein grüner Platz mit jahreszeitlich angepassten Aktionen wie Sandkästen für Kinder, urbanen Gärten im Frühling und Herbst, Konzerten im Sommer und beleuchteten Bäumen im Winter. Beim europaweit ausgeschriebenen BID-Award der IHK-Organisation wurde die Standortgemeinschaft 2016 für

das Engagement der Anlieger, die Platzgestaltung und die positive Verknüpfung mit der Zwischennutzung „Citylab“ mit dem zweiten Platz ausgezeichnet. Durch die Verlängerung des BID bis Ende 2027 stehen in den kommenden fünf Jahren weitere 350.000 Euro an privaten Mitteln für die Weiterentwicklung des Quartiers zur Verfügung.

Das seit 2012 bestehende BID Sögestraße hat den Standort ebenfalls mit zahlreichen Aktionen gefördert und bereits 2013 den BID-Award gewonnen. Die Eigentümer und Geschäftsanlieger von Bremens belebtester Shoppingstraße finanzieren über ihr BID unter anderem Veranstaltungen, eine festliche Winterbeleuchtung, eine Begrünung mit Lorbeerbäumchen und einen privaten Reinigungsdienst. In der Vergangenheit haben sie dafür bereits rund 1,15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die für die kommenden fünf Jahre vorgesehenen Maßnahmen sind mit weiteren 600.000 Euro veranschlagt. Mit der Umsetzung haben beide

Standortgemeinschaften die CS City-Service GmbH beauftragt, eine Tochter der CityInitiative Bremen Werbung e.V. und der Brepark GmbH.

Markus Haacke, im Wirtschaftsressort für die BIDs zuständig, hält deren Arbeit für wichtig, weil sie durch die Generierung privater Mittel standortstärkende Maßnahmen umsetzen: „Gerade in der aktuellen Zeit, in der durch die Corona-Pandemie der Online-Handel noch einmal Aufwind bekommen hat, sind die durch die BIDs geplanten Maßnahmen elementare Mittel, um den stationären Einzelhandel in den beiden Quartieren für die Zukunft abzusichern“, macht er deutlich. Das Besondere an den beiden BIDs in Bremen sei, dass sie schon seit vielen Jahren kontinuierlich und verlässlich umgesetzt und nun noch einmal für weitere fünf Jahre fortgesetzt würden. Das zeige, „wie gut das Instrument bei den Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern ankommt und für wie wichtig sie es – auch in Betracht auf den Werterhalt ihrer Immobilien – erachten“. Letztlich kämen die Maßnahmen der gesamten Innenstadt zugute, betont Haacke: „Durch die Standortsicherung gewinnt die Innenstadt attraktive Orte, die die Bremer City wiederum stärken.“ (AW)

www.handelskammer-magazin.de/bids



Business Improvement Districts

Das Konzept der Business Improvement Districts (BIDs) entstand als Reaktion auf die wachsende Konkurrenz der Innenstädte durch Einkaufszentren und wurde 1970 in Toronto (Kanada) zum ersten Mal in die Praxis umgesetzt. Bei einem BID handelt es sich um ein klar begrenztes Gebiet, in dem die Grundeigentümer in Eigenorganisation Maßnahmen zur Aufwertung ihres Quartiers veranlassen. Sofern nicht mehr als ein Drittel von ihnen der zeitweisen Einrichtung eines BID widerspricht, sind nach dessen behördlicher Genehmigung alle ansässigen Eigentümer verpflichtet, eine BID-Abgabe zu leisten. Die gesetzliche Grundlage dafür liefert in Bremen das 2006 verabschiedete „Gesetz zur Stärkung von Einzelhandels- und Dienstleistungsquartieren“.



Erleben Sie vollelektrisches Gokart-Feeling in selbstbewusstem Rebel Green. Erfahren Sie mehr unter www.bobrink.de. Wir beraten Sie gerne!

MINI COOPER SE 3-TÜRER

Melting Silver III, 16" LMR Victory Spoke schwarz, Sportsitze vorne, Sport-Lederlenkrad, Multifunktionslenkrad, MINI Charging Card, Classic Trim, Premium Paket u.v.m.

LEASINGBEISPIEL DER BMW BANK GMBH: MINI COOPER SE 3-TÜRER

MINI COMFORT

Anschaffungspreis:	32.128,68 EUR
Leasingsonderzahlung:	4.500,00 EUR
Laufleistung p. a.:	10.000 km
Laufzeit:	48 Monate
48 monatliche Leasingraten à:	399,00 EUR
Gesamtpreis:	23.652,00 EUR

Ein unverbindliches Leasingbeispiel der BMW Bank GmbH, Lillienthalallee 26, 80939 München; alle Preise inkl. MwSt.; Stand 04/2023. Ist der Leasingnehmer Verbraucher, besteht bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und bei Fernabsatzverträgen nach Vertragsschluss ein gesetzliches Widerrufsrecht. Nach den Leasingbedingungen besteht die Verpflichtung, für das Fahrzeug eine Vollkaskoversicherung abzuschließen.

Wir vermitteln Leasingverträge ausschließlich an die BMW Bank GmbH, Lillienthalallee 26, 80939 München.

Zzgl. 1.140,00 EUR für die Überführung.

Stromverbrauch in kWh/100 km: - (NEFZ); 15,4 (WLTP);
Effizienzklasse (NEFZ): A+++; Elektrische Reichweite (WLTP) in km: 232 ; Spitzenleistung: 135 kW (184 PS)

Offizielle Angaben zu Stromverbrauch und elektrischer Reichweite wurden nach dem vorgeschriebenen Messverfahren ermittelt und entsprechen der VO (EU) 715/2007 in der jeweils geltenden Fassung. Zudem entfallen laut EU Verordnung 2022/195 ab 01.01.2023 in den EG-Übereinstimmungsbescheinigungen die NEFZ-Werte. Aufgeführte NEFZ-Werte wurden ggf. auf Basis des neuen WLTP-Messverfahrens ermittelt und zur Vergleichbarkeit auf das NEFZ-Messverfahren zurückgerechnet. Weitere Informationen zu den Messverfahren WLTP und NEFZ finden Sie unter www.mini.de/wltp.

Bobrink GmbH
Am Lunedeich 182
27572 Bremerhaven
Tel. 0471 90084-21
www.bobrink.de

Bobrink & Co. GmbH
Am Rabenfeld 7-9
28757 Bremen
Tel. 0421 66056-37

**DIE VOLLELEKTRISCHE
MINI RESOLUTE EDITION.**



BLG mietet Fläche für „High & Heavy Factory“

Die BLG Logistics mietet ab dem 1. Juli eine Fläche in unmittelbarer Nähe zum BLG-Autoterminal Bremerhaven an. Die so genannte MWB-Fläche an der Barkhausenstraße umfasst 60.000 Quadratmeter Frei- und Hallenfläche sowie zwei Schiffs Liegeplätze mit einer 600 Meter langen Kaje. Die Anmietung des Geländes ermöglicht es, sowohl den Umschlag zu erhöhen als auch die Dienstleistungen rund um den Im- und Export von rollenden Baumaschinen, Traktoren und anderen Schwergütern auszuweiten. Mit einem Umschlagvolumen von rund 1,2 Millionen Tonnen High & Heavy-Gütern pro Jahr gehört der BLG AutoTerminal Bremerhaven bereits heute zu den größten RoRo-Terminals seiner Art in Europa.

BLG Logistics plant, bis 2026 eine „High & Heavy Factory“ für technische Dienstleistungen in Bremerhaven zu entwickeln. Die anzumietenden Frei- und



Auf der „MWB-Fläche“ will die BLG Logistics ihre technischen Dienstleistungen für Großanlagen erweitern.

Hallenflächen, inklusive der bereits installierten Kräne, ermöglichen die Montage und Demontage von Großanlagen. Neben dem geplanten Freihafen-Status ist auch die Anbindung des Geländes an den Autoterminal ein wichtiger Aspekt.

www.blg.de



Maersk Logistik-Campus soll Lieferketten resilienter machen



Der geplante Logistik-Campus im Fischereihafen.

Knapp 70.000 Quadratmeter Fläche für die Lagerung von Sportartikeln und weiteren Gütern sowie Platz für Büros und Verwaltung: Im Bremerhavener Fischereihafen entsteht mit dem Maersk Logistik Campus ein nachhaltiges Logistik-Zentrum für die Containerschiffreederei AP Moeller Maersk. Im zweiten Quartal 2024

soll es bezugsfertig sein. Der offizielle Baubeginn erfolgte am 3. Februar mit dem ersten Spatenstich. „Der Logistik-Campus Bremerhaven ist für Maersk ein wichtiger Eckpfeiler beim Ausbau unseres europäischen Warehouse-Netzwerks“, sagte Jens-Ole Krenzien, Maersk Managing Director North Europe Continent. „Es wird für mehr Flexibilität in den Lieferketten unserer Kunden sorgen, indem sie Warenströme kontinuierlich verlangsamen, beschleunigen oder auch umleiten können, basierend auf Lagerbeständen und den neuesten Nachfrageprognosen. Es geht darum, die Lieferketten resilienter zu machen.“ Auf dem Gelände sollen 300 Mitarbeitende beschäftigt werden, davon 200 im Lager- und 100 im Bürobereich. Geplant ist ein Gebäude, das CO₂-neutral betrieben werden kann. Die gesamte Dachfläche soll mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet werden. Auch eine Luft-Wasser-Wärmepumpe ist vorgesehen. Angestrebt wird eine Goldzertifizierung der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen.



BALGEQUARTIER

AM HANDLAUF ZUR WESER

MIETFLÄCHEN, DIE GESCHICHTEN ERZÄHLEN

RETAIL-, GASTRO- UND BÜROFLÄCHEN ZU VERMIETEN
BALGEQUARTIER.DE



Schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken gegen Ausbildungsabgabe

Die Handelskammer hat gemeinsam mit dem Verfassungsrechtler Prof. Christian Waldhoff ein Gutachten zur Einschätzung der Ausbildungsabgabe vorgelegt.

Der Bremer Senat will zum Start des Ausbildungsjahres im August 2024 eine Ausbildungsabgabe für Unternehmen in Bremen und Bremerhaven einführen. Die Handelskammer kritisiert die geplante Ausbildungsabgabe bereits seit mehr als eineinhalb Jahren und hat jetzt ein verfassungsrechtliches Gutachten dazu vorgestellt. Darin äußert der Berliner Verfassungsrechtler Prof. Christian Waldhoff schwerwiegende Bedenken gegen den Gesetzentwurf, der Ende März (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) in der Bürgerschaft beschlossen werden sollte.

„Die Ausbildungsabgabe erhöht die Kosten gerade für kleine und mittelständische Unternehmen und schafft mehr Bürokratie“, sagte Handelskammer-Präses Eduard Dubbers-Albrecht bei der Vorstellung des Gutachtens. „Die Unternehmen im Land Bremen bilden im Bundesvergleich bereits überdurchschnittlich aus und bemühen sich, fehlende Kompetenzen ihrer Auszubildenden im Lesen, Schreiben, Rechnen oder Sozialverhalten auszugleichen.“ Die Vereinbarung „Ausbildung innovativ“ verzeichne bereits erste Erfolge und es gebe eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Jugendberufsagentur.

Nach Darstellung von Prof. Waldhoff weist der Gesetzentwurf schwere Mängel auf:

- Aktuell habe Bremen zwar die Gesetzgebungskompetenz zur Einführung einer Ausbildungsabgabe. Allerdings laufe zurzeit auf Bundesebene ein Gesetzgebungsverfahren zur Einführung einer Ausbildungsgarantie. Dieses könnte dazu führen, dass konkurrierende Landesregelungen ausgeschlossen und damit verfassungswidrig werden.
- Die Ausbildungsabgabe sei eine Sonderabgabe. Dafür fordere das Bundesverfassungsgericht, dass die Gruppe der Abgabepflichtigen homogen sei. Im Gesetzentwurf werde aber eine Reihe von Ausnahmen definiert.
- Bei der Frage nach der Finanzierungsverantwortung gebe es ebenfalls Widersprüche. Das formulierte Sachziel des Ausbildungsfonds sei mit „einer besseren Versorgung mit



Foto: iStock/Andrey Popov

Fachkräften“ sehr allgemein gehalten. Natürlich seien die Unternehmen dafür verantwortlich, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Allerdings seien alle anderen im Gesetzentwurf genannten Maßnahmen, zum Beispiel zur Erhöhung der Passgenauigkeit, Teile der staatlichen Aufgaben. Auch hier gehe der Gesetzentwurf an verfassungsrechtlichen Vorgaben vorbei.

- Überdies werde die von einem Gesetz zu erwartende Berücksichtigung des Bestimmtheitsgrundsatzes nicht beachtet. Stattdessen würden wichtige Entscheidungen an noch zu erlassende Rechtsverordnungen delegiert.
- Der Gesetzentwurf sei nicht verhältnismäßig. Der Fachkräftemangel sei auch durch den demografischen Wandel und in der mangelnden Schulbildung begründet. Diese Ursachen könnten durch den Ausbildungsfonds nicht geändert werden.

Einen ausführlichen Bericht lesen Sie unter

www.handelskammer-magazin.de/verfassungsgutachten



28apps | software

Jetzt digitalisieren und Effizienz steigern

Individuelle App- und Softwareentwicklung
11 Jahre Erfahrung und über 250 Projektreferenzen

Unverbindliches Erstgespräch vereinbaren:

kontakt@28apps.de | www.28apps.de | 0421 301 5990 0



COMPETENCE GROUP

28apps
software

uzuner
consulting

uzuner
systems

uzuner
competence group

binaroo
technologies

nuevo
softwarehouse



BEST ECO-PRACTICE

Grüner drucken: Schutz für Mitarbeitende, Umwelt und Budgets

In vielen Büros werden veraltete Drucker und Multifunktionsgeräte eingesetzt. Bei den Themen Nachhaltigkeit und Gesundheitsschutz habe kaum jemand diese Geräte auf dem Zettel, sagt Tanja Schmidt, Geschäftsführerin der Igreen Solution GmbH. „Fatal, denn das Potenzial ist riesig.“ Ihr Unternehmen möchte sowohl die enorme Ressourcenverschwendung beim Drucken als auch die potenzielle Gesundheitsgefahr durch alte Geräte angehen.

„Unsere Erfahrung zeigt: Oft haben sich die Verantwortlichen noch gar nicht mit dem Thema auseinandergesetzt“, so Schmidt. „Es wird schlicht und ergreifend nicht als eine wichtige Angelegenheit begriffen – hier muss noch einiges an Aufklärungsarbeit geleistet werden.“ Vor zwei Jahren in Bremen gegründet, spezialisiert sich die Igreen Solution GmbH daher auf die Vermietung, das Verleasen und den Verkauf von nachhaltigen Druckern und Multifunktionsgeräten. Das laut Igreen deutschlandweit erste rein grüne Vertriebsmodell beinhaltet neben der Vergabe von Druckgeräten einen bundesweit garantierten Service.

Unterschätzte Gefahr

Der Druckvorgang sei nicht so harmlos, wie er erscheine, sagt Schmidt, „zumindest nicht bei Laserdruckern.“ Vielen Menschen sei nicht bewusst, dass Tonerpartikel und der produzierte Feinstaub potenziell gesundheits-

gefährdend wirken. „Mögliche Beschwerden reichen von Müdigkeit über gereizte Augen bis hin zu Atemwegsbeschwerden“, so Schmidt. Mit dem klassischen Tintenstrahldrucker stehe eine ebenbürtige und gesundheitlich unbedenkliche Alternative zum Laserdrucker bereit. „Tintenstrahlgeräte haben einen niedrigeren Stromverbrauch, besonders durch ihre Heat-Free Technology, denn im Gegensatz zu Laserdruckern muss vor dem Einsatz nichts aufgeheizt werden. Das reduziert den Verbrauch und spart so Kosten und sogar Zeit.“



Tanja Schmidt hat mit Igreen Solution das bundesweit erste grüne Vertriebsmodell für Drucker aufgebaut.

» Solange das papierlose Büro noch ein Wunschtraum ist, gilt es, das tägliche Drucken grüner zu gestalten. Das klingt paradox, ist aber schon längst möglich.

Tanja Schmidt, Geschäftsführerin der Igreen Solution GmbH

Neben Energie nutzen Druckgeräte auch Farbbehälter, sogenannte Kartuschen, die grundsätzlich viel Müll verursachen. „Auch hier gibt es bereits umweltfreundliche Alternativen. Unternehmen sollten darauf achten, Geräte zu verwenden, die mit recycelbaren Farbbeuteln arbeiten. Diese sind hauchdünn, langlebig und bieten maximale Farbkraft bei minimalem Verbrauch.“

Weitere Informationen:

 www.igreen.de



**Jahrgangswechsel -
Gemeinsam mit uns in
die Zukunft starten**

**Morgen
kann kommen.**

Wir machen den Weg frei.

Steffen Behrens
Leiter Firmenkunden
Bremische Volksbank

Luca Lobenberg & Heinrich Lobenberg
Firmengründer, Geschäftsführer
Lobengbers GUTE WEINE

BremischeVB.de

**Bremische
Volksbank**



Botschafter und Generalkonsuln zu Besuch



Foto Jörg Sarbach

Slowakei

Handelskammer-Präsident Eduard Dubbers-Albrecht (z.v.r.) und Geschäftsführer International, Volkmar Herr (r.), empfingen am 8. Februar den Botschafter der Slowakischen Republik, Marián Jakubócy (z.v.l.), und Honorarkonsul Dirk Bettels im Schütting. Die Gespräche waren von Energiethemen geprägt, darunter die Nutzung von Wasserstoff und die Steigerung der Energieeffizienz. Darüber hinaus wurden Möglichkeiten der stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Slowakei und Bremen angesprochen. Nach dem Kenntnisstand der Handelskammer unterhalten rund 120 Unternehmen aus Bremen und Bremerhaven regelmäßige Handelsbeziehungen mit der Slowakei.



Foto Handelskammer Bremen

China

Die Auswirkungen der Pandemie auf die bremisch-chinesischen Handelsbeziehungen standen im Zentrum eines Gesprächs des neuen chinesischen Generalkonsuls Cong Wu mit Handelskammer-Vizepräsident Christian Freese und Volkmar Herr, Geschäftsführer International. Bis zum Ausbruch der Pandemie waren mehr als 500 bremische Unternehmen in China und rund 180 chinesische Unternehmen im Land Bremen aktiv, allerdings geht die Handelskammer davon aus, dass sich diese Zahl reduziert hat. Der Kern der bremisch-chinesischen Zusammenarbeit liegt im Handel und in der Logistik. Darüber hinaus sind bremische Unternehmen aus Dienstleistungsbereichen, der Automobilindustrie, der Informations- und Kommunikationstechnologie, dem Nahrungs- und Genussmittelsektor sowie dem Umwelt- und Energiesektor auf dem chinesischen Markt aktiv.

Griechenland

Handelskammer-Vizepräsidentin Verena Grewe empfing am 15. Februar den neuen griechischen Generalkonsul in Hamburg, Ioannis Vikelidis. Sie sprachen unter anderem über die Herausforderungen der Energieversorgung und die Umstellung Griechenlands auf Wind- und Sonnenenergie. Vikelidis betonte darüber hinaus die Stabilität der Demokratie seines Landes und die entsprechende Attraktivität des Standorts bei der Suche nach Zulieferern.

Im Jahr 2021 wurden Waren im Gesamtwert von knapp 112,2 Millionen Euro ausgetauscht, wobei die Exporte in Höhe von 74,1 Millionen Euro von Bremen nach Griechenland deutlich überwogen.



Foto Handelskammer Bremen



Foto Handelskammer Bremen

Dschibuti

Am 8. März war der Botschafter der Republik Dschibuti, Yacin Houssein Douale (z.v.l.), mit einer Hafendelegation zu Besuch in der Handelskammer. An dem Treffen mit Präsident Eduard Dubbers-Albrecht (z.v.r.) nahmen auch Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmen BLG, Inros Lackner und DBH Logistics teil. Der erste Kontakt zwischen den Beteiligten war auf dem German African Business Summit im Dezember in Johannesburg zustande gekommen.



100 €
Wechsel-
Bonus*

Geben Sie sich einen Bonus

Wechseln Sie zu unseren Business-Mobilfunktarifen und holen Sie sich jetzt je SIM-Karte 100 € Bonus. Für Freiberufler:innen und Selbständige.*



vodafone.de/bonus

Together we can
vodafone
business

*Aktion bis 03.04.2023: Bei Abschluss eines Red Business Prime-Tarifs über den Onlineshop (nicht stationär) im Aktionszeitraum bekommen Sie einen Wechselbonus in Höhe von 100 € zzgl. gesetzlicher MwSt. als Startguthaben auf Ihrem Kundenkonto gutgeschrieben (Barauszahlung nicht möglich), wenn Sie Ihre Rufnummer von Ihrem bisherigen Anbieter in Ihren neuen Vertrag mitnehmen. Der Wechselbonus wird für jeden neuen Vertrag gewährt, für den Sie eine Rufnummern-Mitnahme durchführen. Der Auftrag muss bis 03.04.2023 bei uns eingegangen sein. Das Beendigungsdatum des Vertrags mit Ihrem vorherigen Anbieter darf nicht mehr als 90 Kalendertage in der Vergangenheit liegen und höchstens 123 Kalendertage in der Zukunft. Die Mindestvertragslaufzeit beträgt 24 Monate mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten zum Ablauf der Mindestvertragslaufzeit. Vodafone GmbH · Ferdinand-Braun-Platz 1 · 40549 Düsseldorf · vodafone.de

Wenn es den Unternehmen gut geht, dann wirkt sich das unmittelbar auf die Arbeitsplätze und die finanzielle Beweglichkeit des Landes aus. Die Handelskammer Bremen hat daher ihre Mitglieder befragt und auf dieser Grundlage eine Positionierung der Wirtschaft für die nächste Legislaturperiode formuliert. Darüber hinaus hat sie die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Parteien um Antworten zu ihren wirtschaftspolitischen Positionen gebeten.

Bürgerschaftswahl 2023

Die Positionierung der Wirtschaft und die Positionen der Parteien

Ertragskraft und Standorttreue der Unternehmen sind Voraussetzung für ein leistungsfähiges Bundesland Bremen. Die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben viel Leid und unternehmerische Herausforderungen mit sich gebracht. Sie haben aber zugleich gezeigt: Die Unternehmen sind leistungsfähig und agil. Sie können für Wachstum und Arbeitsplätze sorgen – und durch ihre Erträge auch soziale Aufgaben, Bildung, Kultur und Infrastrukturausbau ermöglichen.

Um diese Kraft nicht nur zu erhalten, sondern nach Möglichkeit auch zu steigern, hat die Handelskammer ihre Mitgliedsunternehmen in Bremen und Bremerhaven gefragt, welche Themen ihnen für die kommende Legislaturperiode nach den Bürgerschaftswahlen am 14. Mai 2023 am wichtigsten sind. Aus den Antworten hat die Handelskammer die brennendsten Anliegen gebündelt und in einem Forderungskatalog veröffentlicht.

Viele Unternehmerinnen und Unternehmer fordern:

- Wir brauchen spürbar mehr Gestaltungsfreiheit von der Politik, damit wir wachsen und erfolgreich arbeiten können.
- Wir haben enormes wirtschaftliches Know-how und Engagement, das die Politik künftig viel stärker nutzen muss. Denn wir wissen: Bremen hat es schon immer gut getan, wenn Politik und Wirtschaft Hand in Hand gearbeitet haben.
- Wir fordern ein politisches Denken ein, das deutlich die Chancen von Leistung und Motivation sieht. Bremen darf sich nicht mit Mittelmaß zufriedengeben.
- Wir brauchen ein politisches Klima, das Innovation fördern will und dies als gemeinsame Aufgabe von Politik und Wirtschaft sieht.
- Wir erwarten Pragmatismus und weniger Ideologie im politischen Handeln. Das ist der beste Weg, auf dem sich Krisen gut und zukunftsorientiert bewältigen lassen.

Diese wirtschaftspolitische Richtung lässt sich aus der Standortumfrage ableiten, an der sich 888 Unternehmen aus Handel, Dienstleistungen und Gewerbe beteiligt haben. Handelskammer-Präses Eduard Dubbers-Albrecht: „Der Staat greift immer mehr in wirtschaftliche Prozesse ein. Durch wachsende Bürokratie werden die Unternehmen zunehmend belastet, anstatt Rahmenbedingungen zu haben, die für ihr erfolgreiches unternehmerisches Handeln erforderlich sind.“ So müssten dringend Genehmigungs- und Planverfahren beschleunigt werden. Es gelte, die Bauantragsbürokratie zu reduzieren: „Wenn die Politik hier die Weichen richtig stellt, dann wird im Land Bremen vieles passieren, für das dann keine Steuergelder ausgegeben werden müssen.“

Die befragten Unternehmen haben dem Standort auf den großen wirtschaftspolitischen Feldern gerade noch ein „befriedigend“ als Zeugnis ausgestellt. Ihre Einschätzung hat sich seit den Bürgerschaftswahlen 2019 merklich verschlechtert – besonders deutlich bei der Bewertung der Verwaltung, bei der Verfügbarkeit von Fach- und Arbeitskräften, beim Einzelhandels- und Dienstleistungsangebot und beim Thema Wohnraum. Um diese Standortfaktoren zu verbessern, müsse die künftige Landesregierung in vielen Bereichen ansetzen, sagte Handelskammer-Hauptgeschäftsführer Dr. Matthias Fonger: „Bremen und Bremerhaven haben das Potenzial, sich als Unternehmensstandorte mit ihrer Nähe zu bezahlbarer Energie, guten Logistikanbindungen sowie renommierter Wissenschaft und Forschung zu profilieren. Dafür müssen richtige und oftmals pragmatische politische Entscheidungen getroffen werden, um unternehmerischem Erfolg und Innovation einen guten Nährboden zu bieten.“

Die Positionierung der Handelskammer zur Bürgerschaftswahl:

 www.handelskammer-bremen.de/buergerschaftswahl



Die Ergebnisse der Standortumfrage:

 www.handelskammer-bremen.de/standortumfrage



Die Handelskammer hat den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Parteien mit Fraktionsstatus in der Bremischen Bürgerschaft jeweils zehn Fragen zu wirtschaftspolitischen Themen gestellt:

Frank Imhoff (CDU), Dr. Andreas Bovenschulte (SPD), Dr. Maike Schaefer (Grüne), Kristina Vogt (Linke) und Thore Schäck (FDP).

1

Öffentlicher Raum

Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung haben einen wichtigen Anteil an der Qualität und Attraktivität des öffentlichen Raumes. Bremen und Bremerhaven haben bei diesen Themen vielfältige Herausforderungen. Was muss aus Ihrer Sicht vorrangig geschehen?

Frank Imhoff (CDU)

Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung sind die wichtigsten Bausteine für das Wohlbefinden der Menschen. Das Sicherheitsempfinden der Menschen im Land Bremen ist getrübt, sei es im ÖPNV, in der Bremer Innenstadt oder auch am Hauptbahnhof und vor allem in den Abend- und Nachtstunden. Parks und Grünanlagen sind teilweise wenig einladend und werden zweckentfremdet. Wir als Bremer CDU wollen die Grünanlagen für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt mit mehr Sitzmöglichkeiten, Grillstationen, neuen Beleuchtungseinrichtungen, Spielgeräten und Fitnessangeboten ausstatten. Im gleichen Atemzug müssen Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit durch die Stadtreinigung, Ordnungsdienst und Polizei sichergestellt werden. Die Reinigungsintervalle wollen wir erhöhen, Videoüberwachung wo sinnvoll ausbauen und vor allem mehr Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst, die Straftaten und Ordnungswidrigkeiten konsequent ahnden. Wir wollen den ÖPNV sicherer machen.

Dr. Andreas Bovenschulte (SPD)

Wir wollen sichere und saubere Nachbarschaften in allen Stadtteilen gewährleisten. Wir werden deshalb die Stellen beim Ordnungsdienst auf 120 verdoppeln, um künftig noch gezielter gegen Vermüllung in den Quartieren vorzugehen. Auch Schrottimmobilien und Schrottautos werden wir weiter konsequent bekämpfen. Unsere Polizei werden wir schrittweise auf 3.100 Vollzeitstellen in Bremen und 580 in Bremerhaven ausbauen. Am Hauptbahnhof heißt unsere Strategie: Härte gegen Drogenhändler, Hilfe für drogenkranke Menschen.

Dr. Maike Schaefer (Grüne)

Ein Ziel grüner Stadtentwicklung ist Sauberkeit und Sicherheit des öffentlichen Raums. Wir haben mit der Einführung des Ordnungsdienstes und dem Konzept „Sichere und Saubere Stadt“ der Bremer Stadtreinigung wichtige Schritte erreicht, weitere folgen. Mehr Mülleimer und Aufklärung verringern die Verschmutzung. Illegale Müllkippen sollen verschwinden. Die personellen Kapazitäten für deren Beseitigung wollen wir erhöhen. Wir stehen für eine konsequente Sanktionierung der Verursacher*innen durch den Ordnungsdienst. Wo dieser an seine Grenzen kommt, wollen wir an besonders neuralgischen Orten eine temporäre Videoüberwachung zur Identifizierung der Verursacher*innen prüfen. Wir wollen ein Bremer Bahnhofsumfeld mit hoher Aufenthaltsqualität. Wir wollen mehr Ressourcen und Personal für Rei-

nigung, Aufwertung, Ansprechbarkeit und Sicherheit einsetzen. Mit mehr Streetworker*innen, einem Drogenkonsumraum und dezentralen Substitutionsorten verbessern wir die Lage und Beratung für Drogenabhängige.

Kristina Vogt (Linke)

Der öffentliche Raum soll für alle Menschen barrierefrei nutzbar, attraktiv und sicher sein. Für Sicherheit sollen auch künftig eine bürgernahe, ausreichend ausgestattete Polizei sowie lebendige Orte sorgen. Für belebte Straßen ist aus unserer Sicht eine Gewerbenutzung der Erdgeschosszonen notwendig, hierfür setzen wir uns ein. Für die Stadtsauberkeit sind eine personell aufgestockte Straßenreinigung und Ordnungsamt unerlässlich: Wir wollen den Ordnungsdienst in der kommenden Legislatur zügig auf 100 Vollzeitstellen aufstocken. Außerdem soll stärker gegen illegale Müllablagerungen vorgegangen werden, betroffen sind hier insbesondere benachteiligte Quartiere. Nicht zuletzt wollen wir die Aufenthaltsqualität des gemeinsamen Raums mit öffentlichen Toiletten und Trinkwasserbrunnen verbessern, Letztere sind gerade aufgrund zunehmender gefährlicher Hitzewellen wichtig.

Thore Schäck (FDP)

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Bremen und Bremerhaven sichere und saubere Städte sind, in denen man sich wohlfühlt. Wir wollen daher das Personal der Polizei deutlich aufstocken: Auf 3.300 in Bremen und 580 in Bremerhaven. Damit wollen wir für mehr Polizeipräsenz auf den Straßen und insbesondere an Brennpunkten wie dem Hauptbahnhof sorgen, ohne an anderer Stelle Personal abziehen zu müssen.

Zur Verbesserung der öffentlichen Ordnung und Sauberkeit und damit auch der Lebens- und Wohnqualität haben wir in der vergangenen Legislaturperiode das Bürger- und Ordnungsamt in Bremerhaven personell erheblich verstärkt. Auch in Bremen muss das Ordnungsamt personell weiter verstärkt werden. Mit einer verstärkten Präsenz des Ordnungsamtes auf öffentlichen Straßen, Plätzen und in Parks soll der zunehmenden Unsitte, Abfälle im öffentlichen Raum achtlos wegzuerwerfen oder liegenzulassen, ohne die dafür vorgesehenen Abfalleimer oder Papierkörbe zu benutzen, begegnet werden.



Frank Imhoff (CDU)

2

Öffentliche Verwaltung

Die öffentliche Verwaltung unseres Bundeslandes steht in der Kritik, sie handle wenig dienstleistungsorientiert und zu langsam: Wie lässt sich das verbessern?

Frank Imhoff (CDU)

Die überwiegende Mehrheit der Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes sind hoch motiviert und engagiert. Wir unterstützen sie dabei, den ‚BürgerService‘ kontinuierlich und nachhaltig zu verbessern. Für uns ist Digitalisierung der Schlüssel zur schnelleren, dienstleistungsorientierteren und bürgerfreundlicheren Verwaltung. Wir wollen einen 24 Stunden-Digital-Service der Verwaltung, bspw. bei Wohngeldanträgen, Passangelegenheiten, Bauanträgen, Führerscheinvergabe oder Meldebescheinigungen – immer verbunden mit elektronischer Bezahlungsfunktion. Die Aktenführung in allen Behörden muss hierfür zeitnah auf „digitale Akte“ umgestellt werden. Die Online-Terminvergabe werden wir für alle Verwaltungsdienstleistungen etablieren und zusätzlich Automaten zur Abholung von Ausweisen bereitstellen. Die Beschäftigten wollen wir dabei mitnehmen: Sie benötigen, neben den erforderlichen Ressourcen und Qualifikationen, v.a. Anerkennung, Motivation, Führung und Unterstützung sowie klar definierte Verantwortlichkeiten.

Dr. Andreas Bovenschulte (SPD)

Während der Corona-Pandemie und in der Energiekrise hat die öffentliche Verwaltung in Bremen ihre Flexibilität und Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Darauf können wir aufbauen. Eine schnelle und kompetente Bearbeitung der Anliegen von Bürge-

rinnen, Bürgern und Unternehmen hat für uns oberste Priorität. Deshalb investieren wir massiv in die Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch den Abbau bürokratischer Detailregelungen werden wir Verfahren so weit wie möglich verschlanken. Wir führen die Digita-



Dr. Andreas Bovenschulte (SPD)

Foto Jörg Sarbach

lisierung der Verwaltung konsequent fort, werden das Angebot an Onlineangeboten weiter ausbauen und interne Prozesse durch moderne Fachverfahren automatisieren – auch mit Hilfe künstlicher Intelligenz. Unsere BürgerServiceCenter werden wir attraktiver und komfortabler gestalten und neue mobile Angebote in den Quartieren erproben.

Dr. Maike Schaefer (Grüne)

Die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung sollen Problemlöser*innen für Anliegen und Probleme sein. Egal ob neuer Pass, Anmeldung eines Gewerbes oder Wohngeld: Der Kontakt „mit dem Amt“ soll für alle zugänglich, angstfrei, verständlich und zuverlässig sein. Wir werden Verwaltungsprozesse und -verfahren optimieren und digitalisieren. Die Bürger*innenfreundlichkeit wollen wir durch digitale Behördengänge verbessern. Dadurch werden Kapazitäten in der Verwaltung frei für Bürger*innen, die Dienstleistungen auf persönlichem Wege in Anspruch nehmen wollen. Wir wollen die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verbessern, indem wir das Potenzial für Flexibilisierung durch Digitalisierung im Sinne der Beschäftigten nutzen. Durch neue Formen der Arbeit, mehr Flexibilisierung und eine zeitgemäße Ausstattung stärken wir den öffentlichen Dienst. So können wir in Zukunft qualifiziertes Personal gewinnen, welches den Grundstein für einen handlungsfähigen Staat bildet.

Kristina Vogt (Linke)

Eine leistungsfähige Verwaltung braucht vor allem eins: ausreichend Fachkräfte. Als LINKE haben wir bereits den Personalabbau der Vorgängerregierungen im Öffentlichen Dienst (ÖD) umgekehrt. Die Arbeit im ÖD muss jedoch auch konkurrenzfähig und dementsprechend attraktiv und gut vergütet sein – auch im Vergleich zu anderen Kommunen. In manchen Ämtern wird jedoch auch weiteres qualifiziertes Personal nicht die einzige Lösung sein. Wir sehen den Bedarf, etwa Bauämter und das Amt für Straßen und Verkehr (ASV), strukturell neu aufzustellen.

Die Wartezeiten für einen Termin bei Stadt- und Standesamt sowie der Kfz-Zulassung sind zu lang. Hier setzen wir auch auf die Digitalisierung der Verwaltung, die wir vorantreiben wollen.

Thore Schäck (FDP)

Bremen hat von allen Bundesländern die höchste Beamtenquote. Es mangelt daher offensichtlich an Effizienz. Wir Freie Demokraten wollen die Verantwortlichkeiten und Aufgabenstellungen überprüfen, die interne Bürokratie abbauen und durch eine verstärkte Digitalisierung Abläufe und Prozesse in der Verwaltung optimieren und automatisieren. Es genügt nicht, wenn Termine und Formulare zwar online verfügbar sind, die Behörden selbst jedoch intern weiterhin mit Papierbergen arbeiten. Deswegen fordern wir, auch die behördeninternen Prozesse vollständig zu digitalisieren. Erst, wenn auch der Prozess dahinter (im sog. Backend) medienbruchfrei durchgehend digital ist, kann man von echter Digitalisierung sprechen. Notwendig sind zudem flache Hierarchien und kurze Dienstwege. Das Personalvertretungsgesetz (PVG) wollen wir modernisieren und die damit die lange überfällige Personalstrukturreform in der öffentlichen Verwaltung ermöglichen.

3

Attraktive Innenstädte

Die Innenstädte Bremens und Bremerhavens sind mitten in einem Strukturwandel. Mit welchen Maßnahmen kann der Transformationsprozess bestmöglich vorangetrieben werden?

Frank Imhoff (CDU)

Wir wollen den Strukturwandel aktiv unterstützen. Das beginnt mit einer guten Erreichbarkeit durch einen kostenfreien ÖPNV in der Bremer Innenstadt und einer autoarmen Innenstadt. Es führt weiter über neue Nutzungsformen für die vorhandenen Gebäude, die viel stärker auch gastronomische Angebote, Wohnen, Studieren und eine kulturelle Nutzung ermöglichen - bis hin zu einer Attraktivierung der öffentlichen Plätze sowie der Öffnung von Dachflächen. Lebendige Fußgängerzonen, einladende Marktplätze, abwechslungsreiche Gastronomie, kulturelle Angebote und der Einzelhandel vor Ort machen unsere Städte lebenswert. In Bremerhaven bietet sich zudem die Möglichkeit unter Einbeziehung des Karstadt-Areals, des Eulenhof-Grundstücks und des ehemaligen Finanzamtes einen attraktiven Zugang zur Innenstadt mit Sichtachsen zum Wasser, zu schaffen. Den Aspekt ‚Sicherheit‘ werden wir stärker als bisher beachten, indem wir ‚dunkle Ecken‘ und ‚Angsträumen‘ von vornherein vermeiden bzw. vorhandene aufwerten.

Dr. Andreas Bovenschulte (SPD)

Um die Attraktivität unserer Innenstädte zu stärken und dauerhaft zu sichern brauchen wir einen Strategiewechsel: weg von einer Innenstadt als „Konsumzone“ hin zu einer Innenstadt als „Lebenswelt“, mit hoher Aufenthaltsqualität und vielfältigen Angeboten für alle Bevölkerungsgruppen. Wir benötigen einen intelligenten Nutzungsmix von Einzelhandel, Gastronomie, Kultur, Freizeit, touristischen Attraktionen, Gewerbe und Wohnen. Mit der gemeinsam mit der Handelskammer erarbeiteten „Strategie Centrum Bremen 2030+“ haben wir eine gute Basis für die weitere Entwicklung in der Bremer City geschaffen. Auf dieser Grundlage konnten bereits zahlreiche Zukunftsprojekte angesprochen werden: Entwicklung Balgequartier, Stadtmusikanten- und Literaturhaus, Umgestaltung Parkhaus Mitte, City-Campus für die Uni Bremen, Neugestaltung Domshof, Welterbe-Zentrum im Rathaus etc. In Bremerhaven ist eine zentrale Immobilie nun in städtischer Hand und kann entwickelt werden – für mehr Aufenthaltsqualität und Lebendigkeit in der Innenstadt.

Dr. Maike Schaefer (Grüne)

Wir wollen mehr Nutzungsvielfalt. „Wissenschaft in der Innenstadt“ ist eine historische Chance – für die Hochschulen und die Innenstadt. Bedarfe der Hochschulen berücksichtigen wir und lassen sie in ein Gesamtkonzept einfließen. Mit einer Online-Börse für Plätze und Flächen sowie einer „Möglichkeitenmesse Innenstadt“ erschließen wir neue Orte für kulturelle Nutzungen. Ob Wissenschaft/Kultur, Einzelhandel/Gastronomie, Wohnen/Büro: Um neue Entwicklungen zu ermöglichen, muss das Mietniveau in der Innenstadt sinken. Dazu suchen wir den Dialog mit Eigentümer*innen und wollen sie mit Mitteln der Städtebauförderung des Bundes und dem besonderen Städtebaurecht dabei unterstützen, ihre Immobilien an neue Erfordernisse anzupassen. Für mehr Klimaschutz und einen lebendigen öffentlichen Raum muss Mobilität neu organisiert werden – wir halten an dem Ziel fest, die Bremer Innenstadt bis 2030 autofrei zu machen. Den ÖPNV stärken wir für alle durch einen barrierefreien Umbau der Haltestelle Domsheide.



Dr. Maike Schaefer (Grüne)

Foto Jörg Sarbach

Kristina Vogt (Linke)

Die Besucherzahlen in der Bremer City liegen wieder über dem Vor-Corona-Niveau, was auch durch viele Maßnahmen des Wirtschaftsressorts ermöglicht wurde. Wir müssen für mehr Vielfalt in der Innenstadt sorgen: Einkaufen, Gewerbe, Dienstleistungen und

Büroflächen müssen erweitert werden um bezahlbare Wohnangebote, gute Gastronomie und Kultur. Dazu passt der geplante Uni-Standort am Domshof. Leerstand haben wir u. a. mit Pop-up-Stores bekämpft, von denen einige dauerhaft bleiben. Einzelhandel wird immer ein Magnet sein, erfolgreiche

Angebote sind individuell, innovativ und regional besonders. Noch immer verhindern vielerorts zu hohe Ladenmieten die Ansiedlung neuer inhabergeführter Geschäfte. Wir wollen weitere Instrumente des Gewerberechts prüfen. Die Stadt muss mehr Handlungsmacht erhalten. Wichtig sind Ankauf und die Entwicklung von Flächen, die kommunal gestaltet werden (Bsp. Parkhaus Mitte in Bremen, Karstadt in Bremerhaven). Positiv wirken Kulturangebote wie der Open Space Domshof.

Thore Schäck (FDP)

Wir Freie Demokraten betrachten den Strukturwandel als Chance. Es gab und wird immer Umschwung und Veränderung in Bremen und Bremerhaven geben. Kulturelle Vielfalt, ansprechende Moderne und anerkannte Tradition stehen im Einklang. Wir wollen daher mutig und proaktiv an den Transformationsprozess herangehen. Konsum und Einkauf werden weiterhin feste Bestandteile bleiben, jedoch denken wir die „Bremische Innenstadt von Morgen“ multifunktionaler. Wohnen, Bildung, Kultur, Sport und Gastronomie werden in Zukunft stärker im Vordergrund stehen als bisher. Außerdem brauchen wir in der Innenstadt weniger Quantität und mehr Qualität. Bremen muss daher für private Investoren und potentielle Ankermieter attraktiv sein. Hierzu müssen gute Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wir setzen uns daher für eine Senkung der Gewerbesteuer ein. Darüber hinaus muss die Stadt auf private Investoren besser zugehen.

4

Gewerbeflächen

Das Land braucht eine angebotsorientierte Gewerbeflächenpolitik. Wie lässt sich das aus Ihrer Sicht realisieren?

Frank Imhoff (CDU)

Bremen hat begrenzte Flächen - deswegen ist ein verantwortungsvoller Umgang damit wichtig. Wir stehen für eine angebotsorientierte Gewerbeflächenpolitik mit einer höheren Erschließungsleistung, kürzeren Fristen für Reservierungsoptionen und einer planungsrechtlichen Absicherung bestehender „Gewerbeinseln“ in Wohn- und Mischgebieten. Damit wollen wir eine jederzeit vorhandenen, bereinigte Dispositionsreserve von 100 ha in der Stadtgemeinde Bremen sicherstellen. Eine geschlossene Kreislaufflächenwirtschaft im Bestand ist v.a. auf kurze Sicht illusorisch. Wir stellen dem das Konzept einer offenen, landesweit ökologisch bilanzierenden Flächenwirtschaft entgegen; eine Änderung des Flächennutzungsplans muss dabei im Rahmen einer Abwägungsentscheidung weiter möglich sein. Bei der Vermarktung wollen wir Investitionsvorhaben mit hoher Arbeitsplatzdichte und Wertschöpfung priorisieren und neben dem Verkauf auch Erbpacht als Alternative anbieten.

Dr. Andreas Bovenschulte (SPD)

Mit dem Gewerbeentwicklungsprogramm (GEP) 2030 haben wir in dieser Legislatur eine gute Grundlage für eine zukunftsorientierte Gewerbeflächenpolitik geschaffen. Ziel ist es, einen vermarktbaren Vorrat an vollständig erschlossenen Flächen im Umfang von 100 Hektar p.a. vorzuhalten. Diese Dispositionsreserve soll künftig zunehmend durch bereits versiegelte Brach- und Konversionsflächen statt durch Neuerschließungen auf der grünen Wiese aufgefüllt werden. Auf den festgesetzten Erschließungsflächen der vorhandenen Gewerbegebiete stehen noch mehrere hundert Hektar nicht erschlossener Gewerbeflächen zur Verfügung, die wir wie geplant entwickeln werden. Weitere Flächen sollen unter anderem in Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Nachbargemeinden, insbesondere mit der Stadt Achim (Projekt Achim-West) erschlossen werden.

Dr. Maike Schaefer (Grüne)

Das GEP 2030 nimmt angesichts von begrenzten Flächen, Klimawandel und Artensterben einen Kurswechsel vor. Ziel ist der Übergang zu einer Flächenkreislaufwirtschaft. D.h., dass der Vorrat an vollständig erschlossenen Flächen zur gewerblichen Nutzung – fortan stetig steigend aus bereits versiegelten Brach- und Konversionsflächen gefüllt wird. Ihre Entwicklung muss mit mehr Flächeneffizienz, nachhaltiger Bauweise, regenerativer Energieversorgung und klimafreundlicher Verkehrsanbindung einhergehen. Diese Aufgaben sind anspruchsvoll und verlangen eine Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung. Sie wird künftig stärker den Charakter einer Transformationsagentur annehmen, die Bestandsunternehmen informiert, berät und begleitet. Wir schaffen mit dem GEP 2030 Flächenangebote für den Umbau unserer Wirtschaftskluster: Neuerschließungen an der Hansalinie, im Industriepark und auf dem Flughafengelände stehen im Dienst der ökologischen Transformation und sichern die Arbeitsplätze.

Kristina Vogt (Linke)

Der Bremer Senat hat ein zukunftsweisendes Gewerbeentwicklungsprogramm 2030 beschlossen. Darin sind erstmals neben der Entwicklung zusätzlicher Flächen eine Flächenkreislaufwirtschaft verankert, es werden neue Flächen für Gewerbe bereitgestellt, alte ungenutzte entsiegelt und aufgewertet. Gewerbeflächen sollen klimafreundlicher werden. Potenziale sehen wir in der Nachverdichtung von Gewerbegebieten. Zudem verpflichten wir uns dem Schutz von Gewerbeflächen, damit diese beispielsweise nicht mit Wohnungen bebaut und so in Wohngebiete umgewandelt werden. Wir wollen Gewerbe und Wohnen nicht mehr trennen, sondern entwickeln Quartiere als produktive Stadt.

Transformation kommt nicht ohne große Produktion aus, in der es auch mal laut werden kann oder viel Platz für Maschinen und Geräte gebraucht wird. Bremen soll Gewerbetreibenden hier weiter verlässlich zur Seite stehen und sie bei der Entwicklung unterstützen. Wichtig wird auch das Projekt Achim-West, auf das wir in Bremen nun schon sehr lange warten.

Thore Schäck (FDP)

Indem den Bedürfnissen der Wirtschaft Priorität eingeräumt wird. In der Vergangenheit ist es immer wieder zur Situation gekommen, dass Unternehmen nicht nach Bremen gekommen sind oder aus Bremen abgewandert sind, weil sie keine passenden Gewerbeflächen gefunden haben. Deshalb wollen wir Freien Demokraten neue Gewerbegebiete schneller erschließen, ausweisen und optimal an den Verkehr anbinden. Bisherige Gewerbebrachen, wie zum Beispiel die Funkschneise, das Vul-

kangelände und das Gelände des Güterbahnhofs, auf denen sich gerade neues Gewerbe ansiedelt, gilt es mit der gebotenen Dynamik weiter zu reaktivieren und verkehrstechnisch anzubinden. Großflächige Ansiedlungen ohne nennenswerte Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen und ohne Auswir-

kungen auf die Wertschöpfung vor Ort sind zu vermeiden. Wir fordern daher, dass bspw. die nun vom Kulturbeutel e.V. für Partys zweckentfremdete 8.500 qm große Fläche am Flughafen Bremen wieder als Gewerbefläche genutzt wird.

Foto Jörg Sarbach



Kristina Vogt (Linke)

5

Schulen und Kinderbetreuung

Bremen muss die Qualität seines Bildungsangebotes deutlich verbessern. Wie kann sichergestellt werden, dass hier wahrnehmbare Fortschritte gemacht werden? Verlässliche Kinderbetreuung wird für Familien immer wichtiger. Wo sehen Sie die wichtigsten Handlungsfelder?

Frank Imhoff (CDU)

Sowohl die Ergebnisse der Ländervergleichsuntersuchungen (IQB) als auch der hiesigen Vergleichsarbeiten (u. a. VERA und LALE) zeigen schonungslos, dass bei Bremer Schülerinnen und Schülern massive Wissenslücken und Lernrückstände bestehen. Eine Ursache hierfür ist, dass immer mehr Kinder mit mangelndem Sprachverständnis eingeschult werden. Dies wirkt sich nachteilig auf ihren Bildungserfolg aus, da sie von vornherein abgehängt sind. Mit einem verpflichtenden Vorschuljahr für Kinder mit Sprachförderbedarf werden wir dafür sorgen, dass diese Kinder zu einem gelingenden Start in ihre Bildungskarriere befähigt werden.

Grundsätzlich messen wir den Angeboten der frühkindlichen Bildung eine enorme Bedeutung bei. Umso mehr schmerzt es uns, dass in Bremen über 5.000 Kita-Plätze fehlen. Entscheidender Grund hierfür ist der Mangel an pädagogischen Fachkräften. Wir werden das Berufsfeld daher attraktiver gestalten und dafür sorgen, dass Ausbildungen verschlankt und von Beginn an vergütet werden.

Dr. Andreas Bovenschulte (SPD)

In den letzten Jahren haben wir 5.000 neue Kita- und Tagespflegeplätze geschaffen und das größte Schulbauprogramm der bremischen Geschichte aufgelegt. Noch nie waren in Bremen so viele Lehrkräfte beschäftigt wie aktuell. Diese Ausbauprogramme wer-

den wir in den nächsten Jahren weiter mit Hochdruck vorantreiben, denn die Herausforderungen sind riesig: Heute leben im Land Bremen rund 15.000 Kinder und Jugendliche mehr als noch 2015. Wir konnten alle Schülerinnen und Schüler mit Tablets versorgen und werden die Ausstattung unserer Schu-

len weiter modernisieren, um so attraktive Lern- und Arbeitsorte zu schaffen. Um dem Fachkräftemangel in Schulen und Kitas zu begegnen setzen wir auf mehr Ausbildung, flexiblere Ausbildungs- und Qualifizierungsmodelle und den verstärkten Einsatz von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern.

Dr. Maike Schaefer (Grüne)

Unser Ziel ist, dass in jedem Stadtteil alle über Dreijährigen einen Kita-Platz bekommen und 66 Prozent der unter Dreijährigen. Für alle Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren, die keinen Kita-Platz haben, muss mindestens ein niedrigschwelliges Angebot frühkindlicher Bildung gemacht werden. Wichtig sind die Stärkung und Förderung der Tagespflege, Spielkreisangebote oder betreute Spielplätze. Das Institut für Qualitätsentwicklung wollen wir stärken und ausbauen. Durch die Erhöhung der Zahl der Schulentwicklungsberater*innen verbessern wir die Qualität der Arbeit der Schulen. Schulen wollen wir beim Ausbau zum gebundenen und rhythmisierten Ganztag unterstützen. Inklusion muss weiterentwickelt und hierbei auch der berufsbildende Bereich mehr in den Fokus genommen werden. Der Fachkräftemangel in Kitas und Schulen muss durch kurzfristige sowie langfristige Maßnahmen beendet werden. Wir werden Maßnahmen umsetzen, um in den benachteiligten Stadtteilen ausreichend Lehrende und Erzieher*innen einzusetzen.

Kristina Vogt (Linke)

Wir brauchen mehr qualifiziertes Personal, mehr Räume und mehr Sprachförderung. In der laufenden Legislaturperiode haben wir uns für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerade für Frauen eingesetzt. Wir haben Strategien gegen den Kita-Platzmangel sowie für eine bessere Bildung in den Schulen vorgelegt. Wir fordern hartnäckig mehr gut bezahlte Ausbildungsplätze für Erzieher*innen (Stichwort PiA). Mobile Betreuungsangebote (MOKI) entlasten manche Eltern bereits. Wir haben erfolgreich für Doppelbesetzung an Schulen in armen Quartieren gekämpft. Dort sind die Probleme komplex und haben viel mit der Segregation in Bremen zu tun, die viele Menschen mit Bildungsbenachteiligung in ärmeren Stadtteilen ‚bündelt‘. Mehr pädagogisches Personal allein sorgt nicht für faire Chancen, das ist auch eine Frage der Stadtentwicklung. Wir fordern eine Enquetekommission Bildungserechtigkeit, die erarbeitet, wie Bremen die starke Kopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft überwinden kann.

Thore Schäck (FDP)

Wir Freien Demokraten machen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau der Plätze in Krippen und Kindertagesstätten stark. Daneben setzen wir auf privates Engagement von der Tagesmutter bis hin zur Betriebs-Kita. Dazu wollen wir die Fortbildungsmöglichkeiten verstärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die Öffnungszeiten von Kindertagesstätten flexibler und näher an der Lebens- und Arbeitsrealität der Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden. Wir wollen in jedem Bremer Stadtteil eine Kita, die mindestens von fünf Uhr bis 23 Uhr geöffnet ist, entsprechend dem Schichtdienst. Zusätzlich muss es in Bremen und Bremerhaven ein nachfragegedecktes Angebot für die 24-Stunden-Kitabetreuung geben. Wir Freien Demokraten werden die Schließzeiten in den Krippen und Kindergärten des Landes Bremen abschaffen. Die 20 Schließtage im Kita Jahr benachteiligen vor allem Alleinerziehende. Aber auch Familien mit beiden Elternteilen werden hierdurch in der freien Planung ihres Erholungsurlaubs eingeschränkt.

Foto Jörg Sarbach



Thore Schäck (FDP)

6

**Ausbildung**

Unternehmen suchen dringend ausbildungsfähige Jugendliche. Statt neuer Bürokratie und staatlicher Abgaben sind bessere Bildung und Berufsorientierung wichtig. Wie wollen Sie das realisieren?

**Frank Imhoff (CDU)**

Wir werden die von rot-rot-grün beschlossene Ausbildungsplatzabgabe rückgängig machen. Jedes Jahr verlassen mehr als 600 (10 Prozent) unserer Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen ohne Abschluss. Lesen, Schreiben, Rechnen, Umgang mit Computern und grundlegende Verhaltensregeln: Wir wollen die schulische Qualität und die Ausbildungsreife der jungen Menschen verbessern und für mehr Berufsorientierung Sorge tragen. Dem dienen z.B. Werkstatt-Tage, Praktika, Tage der beruflichen Bildung und Berufsmessen. Die über 50 Förderinstrumente am Übergang Schule-Ausbildung-Beruf müssen noch wirksamer und effizienter zum Einsatz kommen. Priorität haben dabei für uns ein systematisches Übergangsmanagement unter dem Dach der Jugendberufsagentur, die Vermittlung benachteiligter Jugendlicher in abschlussbezogene Maßnahmen sowie Möglichkeiten zum Nachholen von Schulabschlüssen, Förderunterricht, Spracherwerb und Schulsozialarbeit an den Berufsschulen, deren personelle und materielle Ausstattung wir verbessern wollen.

Dr. Andreas Bovenschulte (SPD)

Ausbildung kann nur als Gemeinschaftsaufgabe von Politik und Wirtschaft funktionieren. Alle Schülerinnen und Schüler sollen am Ende ihrer Schulzeit einen guten Übergang in Ausbildung oder Studium finden. Damit dies gelingt, haben wir an allen allgemeinbildenden Schulen die frühzeitige Berufsorientierung etabliert und werden diese künftig weiter stärken. Bremen bringt an seinen beruflichen Schulen jedes Jahr über sechstausend Jugendliche und junge Erwachsene zu einem erfolgreichen Schulabschluss. Durch gezielte Förderung schwächerer Schülerinnen und Schüler wollen wir die Zahl der Schulabbrecher reduzieren. Aufgabe der Wirtschaft ist es, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und junge Menschen während der Ausbildung zu begleiten und zum Erfolg zu führen. Unternehmen, die nicht ausbilden, sollen daher einen Solidarbeitrag leisten, mit dem Unternehmen, die ausbilden, unterstützt werden.

Dr. Maike Schaefer (Grüne)

Priorität hat die Sanierung und Modernisierung der Berufsschulen. Der Erneuerungsbedarf geht über die Baubsubstanz hinaus: Die zukünftigen Fachkräfte in einer sich digitalisierenden

Welt müssen entsprechende technologische Rahmenbedingungen bei der Ausbildung vorfinden. Über die Vernetzung zwischen Berufsschulen und hochmodernen Ausbildungsbetrieben muss ein Wissenstransfer zwischen Theorie und Praxis weiter angeschoben werden. Die Ausstattung der Berufsschulen muss jungen Menschen ein Zeichen geben: Duale Ausbildung lohnt sich, sie bietet gute Zukunftsaussichten in wegweisenden Berufen und ist einem Studium gleichwertig. Eine Stärkung der Berufsorientierung ist von großer Bedeutung. Wir wollen Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern besser über duale Ausbildungen informieren: mit mehr und flexibleren Praktikumsmöglichkeiten, mit Informationsabenden für Eltern mit engeren Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen.

Kristina Vogt (Linke)

Ausbildungsfonds und bessere Bildung /Berufsorientierung widersprechen sich nicht: Mit den Einnahmen aus der solidarischen Umlage sollen gerade kleine und mittlere ausbildende Betriebe finanziell unterstützt und entlastet werden, und Azubis auf dem Weg zu einem erfolgreichen Berufsabschluss. Für die Ausbildung der Fachkräfte für die Klima-Transformation haben wir einen hochmodernen Aus- und Weiterbildungscampus auf den Weg gebracht, 100 Millionen Euro nehmen wir dafür in die Hand. In den Schulen wollen wir sicherstellen, dass alle Schüler*innen Berufsorientierung und Praktika erhalten. Die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, Träger*innen und Wirtschaft hat sich bewährt und soll ausgeweitet werden. Für Frauen mit Kindern setzen wir auf mehr Teilzeitausbildungen. Mit einer ausgebauten aufsuchenden Beratung wollen wir schwer erreichbare junge Menschen von einer Ausbildung überzeugen. Mit Ausbildung Innovativ werden wir mit den Sozialpartnern passgenaue Unterstützung entwickeln.

Thore Schäck (FDP)

Das sehen wir Freie Demokraten genauso. Wer die Schule verlässt, muss Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen beherrschen. Daher wollen wir den Fokus wieder stärker auf diese Grundfertigkeiten legen. Jeder Mensch lernt unterschiedlich schnell. Damit am Ende alle Jugendlichen die Schule ausbildungsfähig verlassen, wollen wir das Sitzenbleiben wieder einführen. Um für mehr Transparenz bei der Leistungsbewertung zu sorgen, wollen wir Noten ab Klasse 3 wieder einführen. Die duale Ausbildung ist in der Berufsorientierung in den Schulen lange zu kurz gekommen. Private Initiativen zur Berufsorientierung wollen wir stärken, damit die Schülerinnen und Schüler auf die spätere Berufswahl hinsichtlich der akademischen und dualen Ausbildung wertungsfrei und transparent vorbereitet werden. Dabei sollten Schülerinnen und Schüler Einblicke, Vorteile, Nachteile, sowie Chancen und Risiken am zukünftigen Arbeitsmarkt und dem Schritt zur Unternehmensgründung vermittelt bekommen.

7

Breitbandversorgung/Digitalisierung

Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger brauchen gute Voraussetzungen, um digitale Anwendungen effektiv nutzen zu können: Was ist politisch vor allem zu tun?

Frank Imhoff (CDU)

Unternehmen haben im Schnitt rund 200 Behördenkontakte im Jahr. Sie benötigen dafür einen 24-Stunden-„One-Stop-Shop“, den wir auf Basis des bundeseinheitlichen Unternehmenskontos schaffen wollen. Auch die öffentlichen Beschaffungsprozesse, Bauantrags-

und Genehmigungsverfahren müssen vollständig digitalisiert werden. Obwohl Bremen und Bremerhaven bereits eine gute Breitbandabdeckung aufweisen, gilt es, bestehende (Leistungs-) Lücken, insbesondere in Gewerbegebieten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen unverzüglich zu schließen.

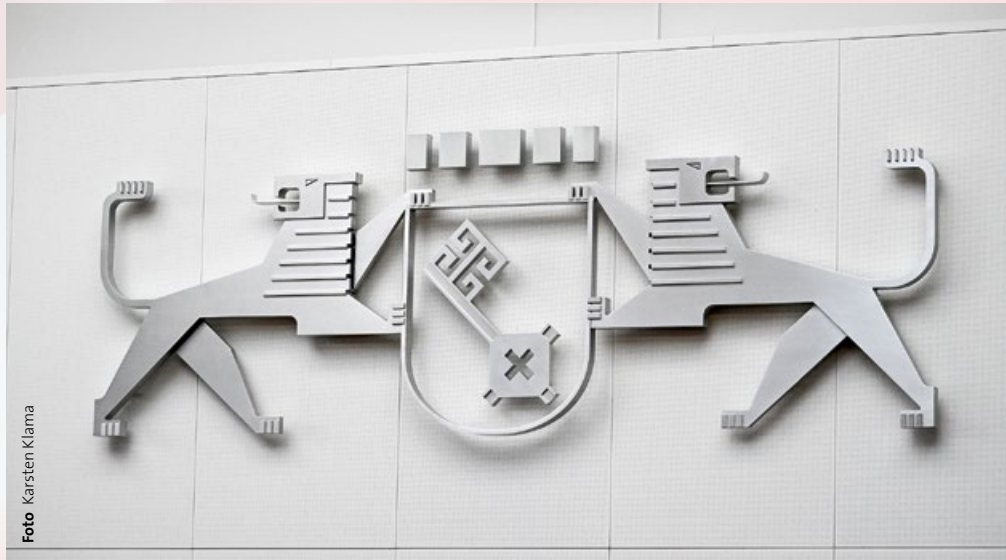
Um bereits vorhandene Digitalisierungskompetenzen zu bündeln und den Kulturwandel in den Behörden voranzutreiben, werden wir eine zentrale, unabhängige Digitalisierungseinheit („Digitalressort“) in der Bremer Verwaltung etablieren. Die Vermittlung digitaler Kompetenzen schon in der Schule, eine gezielte Förderung von Weiterbildung und lebenslangem Lernen sowie die Nutzung der Digitalisierung in der Verwaltung selbst wollen wir ebenso voranbringen.



Fotos: Jörg Sarbach

Dr. Andreas Bovenschulte (SPD)

Bereits heute hat Bremen nach Hamburg im Vergleich der Bundesländer die beste Breitbandversorgung. Diesen Standortvorteil wollen wir weiter ausbauen. Ziel ist eine möglichst schnelle vollständige Erschließung des gesamten Landesgebiets, insbesondere auch aller Gewerbegebiete, mit Glasfaser. Zugleich muss die Infrastruktur für das 5G- und perspektivisch auch für das 6G-Netz flächendeckend ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang unterstützen wir die 6G-Forschung an der Uni Bremen.

**Dr. Maike Schaefer (Grüne)**

Als urbaner Raum ist Bremen für die ausbauenden Telekommunikationsunternehmen wirtschaftlich attraktiv. Wir setzen auf die weitere Stärkung der stattfindenden privatwirtschaftlichen Investitionen in den Glasfaserausbau. Im neuen Gigabit-Förderprogramm des Bundes entfällt die bisherige förderrelevante Aufgreifschwelle von 100 Mbit/s und ermöglicht unserem Land eine erneute Bewertung auf Basis der weiteren regionalen Marktentwicklung. Dafür wurden entsprechende Beratungsmittel beim Bund beantragt und genehmigt. Die Mammutaufgabe „Ausbau der digitalen Infrastruktur“ lässt sich allein mit Fördermitteln nicht lösen. Wir setzen daher auf die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Breitbandzentrum Niedersachsen-Bremen, um Kommunen beim Ausbau der digitalen Infrastruktur zu beraten. Mit der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung verpflichteten sich alle Parteien zur weiterhin engen Zusammenarbeit. Die Länder sicherten die finanziellen Mittel für das BZNB zu.

Kristina Vogt (Linke)

Alle Privathaushalte und Betriebe sollten einen guten Internetzugang haben. Wir betrachten das Internet als Grundrecht und frei öffentlich verfügbares Gut. Konkret bedeutet das für Bremen, das Netz von 5G-Technologien für das Mobilfunknetz und das Glasfasernetz für die Anschlüsse der Haushalte zügig auszubauen. Wir wollen sicherstellen, dass sozial benachteiligte Stadtteile nicht vernachlässigt werden. Auch außerhalb des Arbeitsplatzes oder Zuhauses sollen Bürger*innen leicht das Internet nutzen können. Wir wollen dafür sorgen, dass auch im öffentlichen Raum WLAN verfügbar ist. Mit dem Digital Hub Industry haben wir eine Plattform geschaffen, um die Potenziale aus Forschung, Industrie und kleinen und mittleren Unternehmen zusammenzuführen, um die Wirtschaft und auch die Bürgerinnen und Bürger bei der Digitalisierung zu unterstützen. Die Digitallotsen für kleine und mittelständische Unternehmen als Hilfestellung zur digitalen Optimierung der Betriebe wollen wir absichern und ausbauen.

Thore Schäck (FDP)

Wir Freie Demokraten wollen optimale Rahmenbedingungen für die vernetzte und digitale Zukunft der Unternehmen und Haushalte setzen. Deshalb wollen wir heute die strategischen und planungstechnischen Weichen stellen, damit flächendeckender und zuverlässiger Internetzugang im Gigabit-Bereich mittelfristig umgesetzt werden kann. Das Ziel muss es sein, bis 2030 mindestens 90 Prozent der Haushalte und Unternehmen in Bremen und Bremerhaven mit vollständiger Glasfaserinfrastruktur (FTTH) auszustatten. Aber auch der Datenaustausch zwischen der Verwaltung und den Bürgern muss besser werden. Wir setzen uns daher für einheitliche digitale Schnittstellen zwischen Verwaltung und Bürgern bzw. Wirtschaft ein. Diese führen zur Fehlervermeidung, einer höheren Qualität im Datenaustausch und zu einer insgesamt besseren Effizienz auf beiden Seiten. Um für mehr Wettbewerb und eine bessere Zusammenarbeit mit der Bremer Digitalwirtschaft zu sorgen, wollen wir das Dataport-Monopolisierungsgesetz aufheben.

8

Verkehr

Die Mobilität mit allen Verkehrsträgern ist immer wieder Gegenstand von Diskussionen. Wie sieht Ihrer Ansicht nach eine moderne, zukunftsorientierte Verkehrspolitik aus?

Frank Imhoff (CDU)

Für uns steht bei Mobilität die Frage im Zentrum, wie Menschen, unabhängig vom Verkehrsmittel, am schnellsten, sichersten, bequemsten und klimafreundlichsten von A nach B kommen. Wir streben daher die beste Lösung für die jeweilige Herausforderung an, ohne ideologische Scheuklappen, die das Auto verteufeln oder den Fußgänger hintenanstellen. Hierzu gilt es, den Sanierungsstau an der Verkehrsinfrastruktur abzubauen und die wichtigsten Maßnahmen aus dem VEP umzusetzen. Die damit verbundene Stärkung des Umweltverbundes ist zugleich ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Wir werden die Ziele aus dem VEP in ein Mobilitätsgesetz schreiben und so in ihrer Verbindlichkeit erhöhen. Das Gesetz wird verstärkt die Bedürfnisse von Radfahrern, ÖPNV-Nutzern sowie Fußgängern berücksichtigen. Im Bereich des Radverkehrs sollen gefährliche Kreuzungen entschärft und umgebaut werden. Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem ÖPNV auch in den Außenbezirken, der Parkplatzsituation und der Ladeinfrastruktur.

Dr. Andreas Bovenschulte (SPD)

Die Mobilität der Zukunft ist bezahlbar, klimafreundlich, barrierefrei und digital vernetzt. Dabei haben wir alle Verkehrsteilnehmer im Blick. Wir wollen einen leistungsfähigen und gut erreichbaren ÖPNV: keiner soll mehr als 500 Meter zur nächsten Haltestelle zurücklegen müssen. Wir verbessern das Rad- und Fußwegenetz und werden innenstadtfürnere Stadtteile über Radpremiumrouten mit der City verbinden. Bremen ist erfolgreicher Wirtschafts- und Logistikstandort, daher ist der Lückenschluss der A281 für uns von großer Bedeutung. Wir wollen künftig zudem noch mehr Güter auf die Schiene bringen. Als Anreiz für den Umstieg auf E-Mobilität wollen wir im Land Bremen 10.000 Ladepunkte bis 2030 errichten, die wohnort- und arbeitsplatznah zu erreichen sind.

Dr. Maike Schaefer (Grüne)

Mehr ÖPNV, weniger PKW und eine bessere Infrastruktur für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen – so setzen wir die Schwerpunkte für eine moderne Mobilitätspolitik. Wir wollen den Takt und die Verbindungen unserer Straßenbahnen und Busse sowie die Fahrradinfrastruktur massiv ausbauen. Bis 2027 soll das Radpremiumroutennetz aus

neuen Radwegen und Radbrücken fertig sein. „Micro-Mobilitäts-Hubs“ sorgen dafür, dass E-Autos etwa alle 300 Meter neu geladen und Carsharing-Autos, (Lasten-)Fahrräder sowie Roller geliehen werden können. Wir stellen auf Elektrobusse um und bauen dafür die Betriebshöfe aus. Mit einem Mobilitätsgesetz wollen wir ein tragfähiges Finanzierungsmodell dafür etablieren. Darüber hinaus wollen wir das illegale Parken unterbinden, um den Menschen den gewonnenen Raum zurückzugeben und das Durchkommen für Rettungs- und Versorgungsfahrzeuge sicherzustellen. Wir wollen mehr Tempo 30, Spielstraßen, breitere Rad- und Fußwege und sichere Kreuzungen.

Kristina Vogt (Linke)

Wir wollen gute und klimafreundliche Mobilität für alle. An erster Stelle steht dabei für uns ein top ausgebauter, ticketloser ÖPNV mit mehr Personal und einer höheren Taktung. Wenn es nach uns geht, sollen Busse und Bahnen schon ab dem 1. Juni 2024 ticketfrei nutzbar sein. Damit man mit dem ÖPNV schnell von A nach B kommt, wollen wir die Erarbeitung eines Schnellverbindungsnetzes sowie zusätzlicher Fährverbindungen über die Weser in Auftrag geben und umsetzen. Zentral ist auch die bessere Anbindung der Gewerbegebiete an den ÖPNV. Selbstverständlich setzen wir uns für bessere Radwege und barrierefreie Fußwege ein. Gerade für Letzteres so wie auch fürs Klima gilt es, den Anteil von PKW im Verkehr zu senken. Die Mobilitätswende gelingt aber nur mit einer umfassenden Verkehrsplanung. Weniger Spuren und dann steht der Bus im Stau – das ist hingegen definitiv keine nachhaltige Lösung.

Thore Schäck (FDP)

Für uns Freie Demokraten sind alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt. Wir wollen die ideologischen Auseinandersetzungen beenden und alle Verkehrsteilnehmer entsprechend ihren Bedürfnissen fördern. Anstatt auf Verbote setzen wir daher auf die Schaffung von Alternativen. Die Innenstadt muss auch für Autos erreichbar bleiben. In den Stadtteilen setzen wir auf eine bessere Anbindung an den ÖPNV, insbesondere Busse und Shuttle-Services, die Einbeziehung bestehender örtlicher Parkhäuser, sowie moderner Quartierstiefgaragen und innovativer Parkhäuser. Generell gilt: Parkräume sollen so geplant werden, dass E-Mobilität und andere nachhaltige Antriebsarten mitgedacht werden. Eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik fördert Innovationen und Wettbewerb. Deswegen wollen wir den Taximarkt liberalisieren und so den Marktzutritt für innovative Mobilitätsdienstleister wie etwa UBER ermöglichen.

Frank Imhoff (CDU)

Den größten Handlungsbedarf zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes sehen wir aktuell bei der klimafreundlichen Transformation der Wirtschaft, der Bereitstellung der hierfür erforderlichen Infrastruktur und bei der Sicherung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs der Unternehmen, Handwerker, Dienstleister und in der Verwaltung. Mit uns wird es auf Landes- und Kommunalebene keine Erhöhung von Steuern und Abgaben geben. Auf der Bundesebene werden wir im Bundesrat keine Steuererhöhungen mittragen und uns dort vielmehr für eine konkurrenzfähige Unternehmensbesteuerung einsetzen. Bei der Grundsteuer fordern wir die Einführung des unbürokratischeren niedersächsischen Modells. Familien wollen wir bei der Grunderwerbsteuer entlasten. Wir halten an der Schuldenbremse fest und setzen auf eine solide Finanzpolitik, die nur so viel ausgibt, wie sie einnimmt. Wir werden zudem eine Fachkräfteoffensive für Bremen starten.

Dr. Andreas Bovenschulte (SPD)

Um Bremen und Bremerhaven als Wirtschaftsstandorte zu stärken werden wir weiter massiv in die verkehrliche Infrastruktur, in Gewerbegebiete und Häfen, in Wissenschaft und Forschung, aber auch in Bildung und Kinderbetreuung investieren. Wir beteiligen uns als Land mit einem dreistelligen Millionenbetrag an den Kosten der Entlastungspakete des Bundes, von denen auch Bremer Unternehmen in großem Umfang profitieren. Ergänzend und speziell für kleinere und mittlere Betriebe, die besonders stark von gestiegenen Energiepreisen betroffen sind, wird es einen Härtefall-Fonds in Höhe von 30 Millionen Euro geben.

Dr. Maike Schaefer (Grüne)

Finanzgewinne werden in Deutschland immer noch geringer besteuert als Arbeit. Auch reiche und sehr reiche Menschen gehören zur Gesellschaft und müssen sich entsprechend an der Finanzierung des Gemeinwesens deutlich beteiligen. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, Steuerhinterziehung stärker zu bekämpfen, Steuerschlupflöcher konsequenter zu schließen und sehr hohe Vermögen, Finanzgewinne und große Erbschaften angemessen zu besteuern. Unser Ziel bleibt eine gerechte Unternehmensbesteuerung. Eine europäische Finanztransaktionsteuer kann zur Stabilität der Finanzmärkte beitragen. Die Übergewinnsteuer wollen wir auf europäischer Ebene einführen. Wir unterstützen den Kauf von Steuer-CDs mit Insider-Informationen von ausländischen Banken und arbeiten an Regelungen mit, die verhindern, dass sich Steuerbetrüger*innen hinter dem Bankgeheimnis verstecken können. Großbetriebe sollen häufiger geprüft werden. Für all diese Aufgaben brauchen wir eine gut ausgestattete Steuerverwaltung.

Kristina Vogt (Linke)

Was unser Land am dringendsten braucht, sind Fachkräfte. Deshalb wollen wir mit dem Ausbildungsfonds, dem Aus- und Weiterbildungscampus, also attraktiven Ausbildungen und Qualifizierungen neue Fachkräfte gewinnen. Zudem verbessern wir die Bedingungen für die Beschäftigten mit günstigen Tickets für den ÖPNV (z.B. Azubi-Ticket). Sowohl in der Pandemie als auch in der Energiepreiskrise haben wir uns erfolgreich auf Landes- und Bundesebene für schnelle und unbürokratische Hilfen für straukelnde Unternehmen eingesetzt. Dank des GEP 2030 können alle Akteur*innen auch künftig sicher planen. Bei großen Herausforderungen wie der Dekarbonisierung stehen wir der Wirtschaft verlässlich zur Seite und unterstützen bspw. die Stahlwerke mit Milliardeninvestitionen. Zuletzt haben wir auch beim Standort-Erhalt von Airbus bewiesen, dass wir uns unermüdlich für Bremen einsetzen. Gleich zu Beginn der Legislatur haben wir zudem die befristete Erhöhung der Gewerbesteuer wieder zurückgenommen.

Thore Schäck (FDP)

Wir Freie Demokraten sehen die großen Belastungen der Unternehmen durch die Energiekrise und den Arbeitskräftemangel. Die FDP in der Bundesregierung hat über Bundesprogramme die härtesten Folgen abgemildert. Aber auch Bremen und Bremerhaven können zur Entlastung der Unternehmen und damit zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen. Deswegen wollen wir die Gewerbesteuern senken. Die von Rot-Grün eingeführte Bettensteuer ist schädlich für die aufblühenden Tourismusstandorte Bremen und Bremerhaven. Wir wollen sie daher abschaffen. Wir Freie Demokraten wollen positive Entwicklungen fördern, anstatt umgehend zu versuchen, Gelder abzuschöpfen. Auch die Polizeikosten von Hochrisikospiele wollen wir in Zukunft nicht mehr der DFL in Rechnung stellen, die anschließend Werder Bremen in Regress nimmt. Bremen schadet damit der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit seines Fußballvereins, der auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist.

9

Steuern und Abgaben

Steuer- und Abgabenlasten sind für die Wirtschaft zentrale Standortfaktoren. Wo sehen Sie besonderen Handlungsbedarf, um das Land als Wirtschaftsstandort zu stärken?



Foto: Karsten Wama

10

Arbeits- und Fachkräfte

Die Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften ist für Unternehmen entscheidend: Was kann Politik – gemeinsam mit der Wirtschaft – zur Verbesserung beitragen?



Fotos: Jörg Sarbach

Frank Imhoff (CDU)

Die wichtigsten Schlüssel zur Fachkräftesicherung sehen wir in besserer schulischer Bildung, der Stärkung von Aus- und Weiterbildung, der Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen, der Qualifizierung von Arbeitslosen sowie der Erhöhung des Arbeitszeitvolumens, etwa durch eine längere individuelle Lebens- bzw. Wochenarbeitszeit, die Aufstockung von Teilzeitarbeitsverhältnissen und die Vermeidung unfreiwilliger Teilzeit. Eltern benötigen zuverlässige, flexible und hochwertige Betreuungsangebote für ihre Kinder, flexiblere Arbeitszeiten oder die Möglichkeit von mobilem Arbeiten. Geflüchteten wollen wir durch schnell startende Sprachkurse und eine passgenaue Beratung die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern. Ausländische Berufsabschlüsse müssen einfacher und schneller anerkannt werden. Daneben wollen wir gezielt Fachkräfte aus dem Ausland von Bremen begeistern und sie beim Ankommen unterstützen. Die Fachkräftestrategie 2019 werden wir unter Beteiligung aller relevanten Akteure nachschärfen.

Dr. Andreas Bovenschulte (SPD)

Wir stehen vor einem Jahrzehnt der Fachkräftesicherung und haben in fast allen Branchen derzeit mit einem Mangel an Fachkräften zu kämpfen. Um diesem Mangel entgegenzuwirken, sind verschiedene, aufeinander abgestimmte, Maßnahmen erforderlich. Faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und eine qualifizierte Weiterbildung für alle sind wichtige Faktoren zur Fachkräftesicherung. Wir unterstützen dies durch eine Aufstiegsfortbildungsprämie und zusätzliche Qualifizierungsangebote. Zur Gewinnung von Auszubildenden werden wir das Begrüßungsgeld fortführen, Azubi-Wohnheime schaffen und massiv in unsere Berufsschulen investieren. Wir haben die Weichen für einen Aus- und Weiterbildungscampus für klimarelevante Berufe gestellt und werden hierfür bis zu 100 Millionen Euro aufwenden. Darüber hinaus wollen wir die Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich steigern, um das dort vorhandene Potenzial besser zu nutzen. Dies kann nur gemeinsam mit der Wirtschaft gelingen.

Dr. Maike Schaefer (Grüne)

Wir müssen Fachkräftepotenziale identifizieren und Maßnahmen ergreifen, die auf verschiedene Zielgruppen passen. Es braucht z.B. offenere Wege für Quereinsteiger*innen und Studierende in die duale Ausbildung. Berufliche Mobilität muss erleichtert werden, um über Berufs- und Branchenwechsel mehr Fachkräfte für den ökologischen Umbau zu gewinnen. Mit einer Transitionsgesellschaft zur Qualifizierung in klimarelevanten Berufsfeldern wollen wir dies unterstützen. Mit einem Landes-BAföG (analog zum bestehenden Aufstiegs-BAföG für Fachkräfte auf Bundesebene) unterstützen wir bei der Qualifikation zur Fachkraft in klimarelevanten Bereichen. Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit ist eine Voraussetzung, um das Fachkräftepotenzial von Frauen zu stärken. Dazu braucht es flexiblere Arbeitszeitmodelle. Wir wollen mehr Unterstützung für Betriebe, deren Mitarbeiter*innen einen Migrations- bzw. einen Fluchthintergrund haben. Wir setzen uns für eine aufsuchende Betreuung der Firmen ein.

**Kristina Vogt (Linke)**

Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir den Fachkräftemangel beheben und haben bereits in dieser Legislatur sehr konstruktiv daran gearbeitet. Gemeinsam wollen wir daran weiterarbeiten, mehr Frauen in männerdominierte Branchen zu bringen. Alleinerziehende wollen wir weiter stärker in den Arbeitsmarkt integrieren und Menschen ohne Schulabschluss den Weg zu einem Berufsabschluss eröffnen. Mit der Landesagentur für berufliche Weiterbildung haben wir Qualifizierungsangebote für Beschäftigte, Geringqualifizierte und Unternehmen gebündelt. Mit dem Weiterbildungsverbund Fahrzeugindustrie haben wir eine Blaupause für andere Branchen geschaffen, Mittelstand und Industrie bei der Qualifizierung von Fachkräften zusammen-

zubringen. Derzeit schöpft Bremen das Potenzial seiner Fachkräfte nicht aus: Noch immer dauert es viel zu lange, bis die Studien- und Berufsabschlüsse von Menschen aus anderen Ländern anerkannt werden. Arbeitszugänge müssen erleichtert werden, Hürden müssen abgebaut werden.

Thore Schäck (FDP)

Zur Verbesserung des Arbeitskräftemangels setzen wir Freien Demokraten auf einen Dreiklang aus Verbesserung der Bildung (siehe Frage 5), gezielter Zuwanderung in den Arbeitsmarkt und besserer Digitalisierung. Auf Bundesebene reformieren wir daher gerade das Einwanderungsrecht nach kanadischem Vorbild mit einem Punktesys-

tem. Hierdurch sollen auch die Hürden für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse abgebaut werden. Der Anerkennungsprozess muss unbürokratischer und schneller werden. Freie Demokraten wollen, dass jeder Mensch die Chance bekommt, etwas aus seinem Leben zu machen. Daher fordern wir auch die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme für alle Asylbewerberinnen und -bewerber oder Geduldete (auch aus sogenannten Herkunftstaaten) nach der Wartefrist (3 Monate), ohne dass der Arbeitgeber zuvor eine Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit einholen muss. Darüber hinaus sehen wir in der Digitalisierung Chancen für eine Abschwächung des Arbeitskräftemangels.





Martin Kesper, Referatsleiter Wahlamt im Statistisches Landesamt Bremen, und seine Stellvertreterin Laura Kersting.

Wahlhelden gesucht

Mit dem Einsatz die Demokratie stärken

Damit die Bürgerschafts- und Kommunalwahl am 14. Mai reibungslos über die Bühne gehen kann, werden in Bremen 3.800 Wahlhelferinnen und -helfer benötigt. Wahlamtsleiter Martin Kesper verspricht: Der ehrenamtliche Einsatz ist nicht nur ein Dienst an der Demokratie – er macht auch Spaß.

Dank verschiedener öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen gelang es bei der Bundestagswahl 2021 zum ersten Mal, genügend Freiwillige für die Besetzung aller Wahlvorstände in der Stadt zu finden. Das soll auch dieses Jahr wieder klappen. Motivationsgründe gibt es genügend, macht Kesper deutlich. „Für viele ist es das wichtigste Argument, dass sie mit ihrem Einsatz die Demokratie stärken wollen“, berichtet er. Während häufig die Zeit für ein dauerhaftes ehrenamtliches Engagement fehle, sei die Wahlhilfe zeitlich befristet und damit besonders attraktiv. Und nicht zuletzt wirke das sogenannte Erfrischungsgeld als zusätzlicher Motivationsfaktor – in Bremen immerhin bis zu 70 Euro pro Einsatztag.



Weitere gute Gründe, sich zu engagieren, lesen Sie unter:

www.handelskammer-magazin.de/wahlhelfer

Alle Informationen rund um die Wahlhilfe, häufig gestellte Fragen und das Formular zum Anmelden finden sich auf der Website des Wahlamtes:

www.wahlen.bremen.de



Verwaltungsvorschrift

Die Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven (nachstehend Handelskammer genannt) erlässt gemäß § 7 ihrer Satzung betreffend die Schulung, die Prüfung und die Erteilung des Schulungsnachweises folgende Leitlinie für die Durchführung von Online-Schulungen:

Leitlinien Online-Schulungen Gefahrgutbeauftragte

1. Allgemeine Voraussetzungen

- Der Schulungsveranstalter hat einen Lehrplan einzureichen, der § 4 der Satzung entsprechen muss. Zusätzlich muss dargestellt werden, nach welchen methodischen Grundsätzen die Online-Schulung erfolgt, das heißt beispielsweise:
 - Wie erfolgt die Vermittlung von Wissen (durch Vorträge, Lehrgespräche, Hintergrundgespräche, Diskussionen etc.)?
 - Werden Simulationen, Rollenspiele, gezielte Übungen durchgeführt?
 - Werden Praxisthemen bearbeitet?
 - Erfolgt ein Erfahrungsaustausch?
- Fehlzeiten eines Teilnehmers – beispielsweise aufgrund technischer Probleme – führen zum Ausschluss, sofern keine Nachschulung erfolgen kann. Die Möglichkeit einer Nachschulung erfolgt in Abstimmung mit der Handelskammer.
- Der Veranstalter hat dafür zu sorgen, dass der Teilnehmer ohne Störungen an der Schulung teilnehmen kann.
- Die Namen der Teilnehmer der Schulung sind spätestens am ersten Tag der Schulung der Handelskammer zu übermitteln.

2. Technische Voraussetzungen

- Der Schulungsveranstalter benennt der Handelskammer im Rahmen der Antragsstellung die verwendete Software.
 - a. Mindestanforderungen an die Software des Schulungsprogramms sind:
 - Möglichkeit der Einteilung in virtuelle Umgebungen
 - Bereitstellung einer Chat-Funktion, welche durch die Lehrkraft wahlweise zwischen den Teilnehmern ein- und ausgeschaltet werden kann. Die Teilnehmer haben zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit, eine Frage an die Lehrkraft zu stellen.
 - Möglichkeit zum Einblenden von Präsentationen
 - Schulungsunterlagen sollten digital hinterlegt und ausdrückbar sein
 - Bereitstellung eines angemessenen Supports
 - Klare und nutzerfreundliche Navigationsstruktur mit einfachen Anweisungen für den Schulungsteilnehmer
 - Gewährleistung eines Zugangs zur Onlineschulung für jeden Teilnehmer mit persönlich zugeteilten Login-Daten
 - Möglichkeit der Sperrung von Login-Daten bei Ausschluss eines Teilnehmers
 - Eine systemseitige Möglichkeit zur direkten Interaktion zwischen Teilnehmer der Online-Schulung mit der Lehrkraft

- Eine Protokollierung folgender Komponenten:
 - Anwesenheit der Teilnehmer (ggf. durch Login- und Logoutzeiten der Teilnehmer)
 - technische Ausfallzeiten
 - Login- und Logoutzeiten der Teilnehmer in einem separaten virtuellen Raum, wenn in Kleingruppen interaktiv gearbeitet wird
 - die Software muss einen Zugang für die jederzeitige Überwachung durch die Handelskammer ermöglichen, ohne dass die Lehrkraft den Zugriff zulassen muss
- b. Der Teilnehmer an der Online-Schulung benötigt:
 - ein internetfähiges Gerät
 - eine ausreichend leistungsfähige Internetanbindung
 - ein funktionsfähiges Mikrofon
 - eine funktionstüchtige Kamera/Webcam

Hinweis: Ein Smartphone wird nicht akzeptiert. Falls ein Teilnehmer die Kamera und/oder das Mikrofon während der Schulung ausstellt, muss die Lehrkraft die Teilnehmer dazu auffordern, dies wieder umzustellen.
- c. Spätestens 2 Werktage vor der Schulung muss die technische Ausstattung durch einen Funktionstest durch den Schulungsveranstalter geprüft werden, damit die Möglichkeit der Teilnahme sichergestellt ist.

3. Teilnehmerbezogene Angaben und Datenschutz

- a. Die Teilnehmer müssen während des Seminars namentlich erkennbar sein, z.B. Herr Max Mustermann. Die Identifikation mittels Personalausweises/Reisepass/Führerschein erfolgt mittels Kamera/Webcam zu Beginn des Webinars, vorzugsweise einzeln, ohne andere Teilnehmer. Dem Teilnehmer wird vorab eine Kurzanleitung zur Bedienung des Programms inklusive Verhaltensregeln während des Seminars übermittelt. Dem Teilnehmer wird ein Handout zu den fachlichen Inhalten und dem Ablauf des Seminars zur Verfügung gestellt.
- b. Der Teilnehmer gibt seine Einwilligung, dass im Rahmen der Onlineschulung die Kamera/Webcam dauerhaft eingeschaltet ist.

Bremen, den 6. Januar 2023

Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven
gez.
Eduard Dubbers-Albrecht (Präses)
Dr. Matthias Fonger (Hauptgeschäftsführer und I. Syndicus)



Sachverständigenordnung der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven

Das Plenum der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven hat in seiner Sitzung am 13. März 2023 gemäß § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 701-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. August 2021 (BGBl. I S. 3306) geändert wurde, und § 36 Absatz 3 und 4 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), die zuletzt durch Artikel 21 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2606) geändert wurde, in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Ziff. 2 der Verordnung über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung vom 23. Oktober 1990 (Brem. GBl. S. 441, Sammlung des bremischen Rechts -7100-b-1), zuletzt geändert durch Nr. 2 in Verbindung mit Anlage 1 und 4 der Bekanntmachung über die Änderung von Zuständigkeiten vom 20. Oktober 2020 (Brem. GBl. S. 1172), folgende Sachverständigenordnung beschlossen:

Die im folgenden Wortlaut verwendete männliche Form dient der Vereinfachung und schließt alle Geschlechter mit ein.

I. Voraussetzungen für die öffentliche Bestellung und Vereidigung

§ 1 Bestellungsgrundlage

Die Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven (im Folgenden Handelskammer genannt) bestellt gemäß § 36 Gewerbeordnung auf Antrag Sachverständige für bestimmte Sachgebiete nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen.

§ 2 Öffentliche Bestellung

- (1) Die öffentliche Bestellung hat den Zweck, Gerichten, Behörden und der Öffentlichkeit besonders sachkundige und persönlich geeignete Sachverständige zur Verfügung zu stellen, deren Aussagen besonders glaubhaft sind.
- (2) Die öffentliche Bestellung umfasst die Erstattung von Gutachten und andere Sachverständigenleistungen wie Beratungen, Überwachungen, Prüfungen, Erteilung von Bescheinigungen sowie schiedsgutachterliche und schiedsrichterliche Tätigkeiten.
- (3) Die öffentliche Bestellung kann inhaltlich beschränkt und mit Auflagen verbunden werden. Auflagen können auch nachträglich erteilt werden.
- (4) Die öffentliche Bestellung wird auf 5 Jahre befristet. Bei einer erstmaligen Bestellung und in begründeten Ausnahmefällen, insbesondere bei Zweifel über die Fortdauer der persönlichen oder fachlichen Eignung des Sachverständigen, kann die Frist von 5 Jahren unterschritten werden.
- (5) Die öffentliche Bestellung erfolgt durch schriftlichen Bescheid (Bestellungsbescheid).
- (6) Die Tätigkeit des öffentlich bestellten Sachverständigen ist nicht auf den Bezirk der Handelskammer beschränkt.

§ 3 Bestellungs Voraussetzungen

- (1) Ein Sachverständiger ist auf Antrag öffentlich zu bestellen, wenn die nachfolgenden Voraussetzungen vorliegen. Für das beantragte Sachgebiet muss ein Bedarf an Sachverständigenleistungen bestehen. Die Sachgebiete und die Bestellungs Voraussetzungen für das einzelne Sachgebiet werden durch die Handelskammer bestimmt.
- (2) Voraussetzung für die öffentliche Bestellung des Antragstellers ist, dass

- a) er eine Niederlassung als Sachverständiger im Geltungsbereich des Grundgesetzes unterhält;
- b) er über ausreichende Lebens- und Berufserfahrung verfügt;
- c) keine Bedenken gegen seine Eignung bestehen;
- d) er erheblich über dem Durchschnitt liegende Fachkenntnisse, praktische Erfahrungen und die Fähigkeit, sowohl Gutachten zu erstatten als auch die in § 2 Abs. 2 genannten Leistungen zu erbringen, nachweist;
- e) er über die zur Ausübung der Tätigkeit als öffentlich bestellter Sachverständiger erforderlichen Einrichtungen verfügt;
- f) er in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt;
- g) er die Gewähr für Unparteilichkeit und Unabhängigkeit sowie für die Einhaltung der Pflichten eines öffentlich bestellten Sachverständigen bietet;
- h) er nachweist, dass er über einschlägige Kenntnisse des deutschen Rechts und die Fähigkeit zur verständlichen Erläuterung fachlicher Feststellungen und Bewertungen verfügt;
- i) er über die erforderliche geistige und körperliche Leistungsfähigkeit entsprechend den Anforderungen des beantragten Sachgebiets verfügt.

- (3) Ein Sachverständiger, der in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis steht, kann nur öffentlich bestellt werden, wenn er die Voraussetzungen des Abs. 2 erfüllt und zusätzlich nachweist, dass
 - a) sein Anstellungsvertrag den Erfordernissen des Abs. 2 Buchst. g) nicht entgegensteht, und dass er seine Sachverständigentätigkeit persönlich ausüben kann;
 - b) er bei seiner Sachverständigentätigkeit im Einzelfall keinen fachlichen Weisungen unterliegt und seine Leistungen gemäß § 13 als von ihm selbst erstellt kennzeichnen kann;
 - c) ihn sein Arbeitgeber im erforderlichen Umfang für die Sachverständigentätigkeit freistellt.

§ 4 Bestellungs Voraussetzungen für Anträge nach § 36a GewO

- (1) Für die Anerkennung von Qualifikationen des Antragstellers aus einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelten die Voraussetzungen von § 36a Abs. 1 und 2 GewO.
- (2) Im Übrigen gelten § 3 Abs. 2 und 3.

II. Verfahren der öffentlichen Bestellung und Vereidigung

§ 5 Zuständigkeit und Verfahren

- (1) Die Handelskammer ist zuständig, wenn die Niederlassung des Sachverständigen, die den Mittelpunkt seiner Sachverständigentätigkeit im Geltungsbereich des Grundgesetzes bildet, im Kammerbezirk liegt. Die Zuständigkeit der Handelskammer endet, wenn der Sachverständige die Niederlassung nach Satz 1 nicht mehr im Kammerbezirk unterhält.
- (2) Über die öffentliche Bestellung entscheidet die Handelskammer nach Anhörung der dafür bestehenden Ausschüsse und Gremien. Zur Überprüfung der gesetzlichen Voraussetzungen kann sie Referenzen einholen, sich vom Antragsteller erstattete Gutachten vorlegen lassen, Stellungnahmen fachkundiger Dritter abfragen, die Einschaltung eines Fachgremiums veranlassen und weitere Erkenntnisquellen nutzen.
- (3) Der Sachverständige erhält mit der öffentlichen Bestellung neben dem Bestellungsbescheid auch eine Bestellsurkunde, den Rundstempel, den Ausweis, die Sachverständigenordnung und die dazu ergangenen Richtlinien. Bestellsurkunde, Rundstempel und Ausweis bleiben Eigentum der Handelskammer.

§ 6 Zuständigkeit und Verfahren für Anträge nach § 36a GewO

- (1) Abweichend von § 5 Abs. 1 besteht für den Antrag eines Sachverständigen aus einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, der noch keine Niederlassung im Geltungsbereich des Grundgesetzes unterhält, die Zuständigkeit der Handelskammer bereits dann, wenn der Sachverständige beabsichtigt, die Niederlassung nach § 5 Abs. 1 S. 1 im Kammerbezirk zu begründen.
- (2) Für Verfahren von Antragstellern mit Qualifikationen aus einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelten die Regelungen in § 36a Abs. 3 und 4 GewO.

§ 7 Vereidigung

- (1) Der Sachverständige wird in der Weise vereidigt, dass der Präses oder ein Beauftragter der Handelskammer an ihn die Worte richtet: „Sie schwören, dass Sie die Aufgaben eines öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen unabhängig, weisungsfrei, persönlich, gewissenhaft und unparteiisch erfüllen und die von Ihnen angeforderten Gutachten entsprechend nach bestem Wissen und Gewissen erstatten werden“, und der Sachverständige hierauf die Worte spricht: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“. Der Sachverständige soll bei der Eidesleistung die rechte Hand erheben. Über die Vereidigung ist eine Niederschrift zu fertigen, die auch vom Sachverständigen zu unterschreiben ist.
- (2) Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.
- (3) Gibt der Sachverständige an, dass er aus Glaubens- oder Gewissensgründen keinen Eid leisten wolle, so hat er eine Bekräftigung abzugeben. Diese Bekräftigung steht dem Eid gleich; hierauf ist der Verpflichtete hinzuweisen. Die Bekräftigung wird in der Weise abgegeben, dass der Präses oder ein Beauftragter der Handelskammer die Worte vorspricht: „Sie bekräftigen im Bewusstsein Ihrer Verantwortung, dass Sie die Aufgaben eines öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen unabhängig, weisungsfrei, persönlich, gewissenhaft und unparteiisch erfüllen und die von Ih-

nen angeforderten Gutachten entsprechend nach bestem Wissen und Gewissen erstatten werden“ und der Sachverständige hierauf die Worte spricht: „Ich bekräftige es“.

- (4) Im Falle einer erneuten Bestellung oder einer Änderung oder Erweiterung des Sachgebiets einer bestehenden Bestellung genügt statt der Eidesleistung oder Bekräftigung die Bezugnahme auf den früher geleisteten Eid oder die früher geleistete Bekräftigung.
- (5) Die Vereidigung durch die Handelskammer ist eine allgemeine Vereidigung im Sinne von § 79 Abs. 3 Strafprozessordnung, § 410 Abs. 2 Zivilprozessordnung.

§ 8 Bekanntmachung

Die Handelskammer veröffentlicht die öffentliche Bestellung und Vereidigung sowie die Kontaktdaten des Sachverständigen auf der Webseite www.svv.ihk.de für den Zeitraum der Bestellung. Eine zusätzliche Veröffentlichung in weiteren Medien ist zulässig. Name, Adresse, Kommunikationsmittel und Sachgebietsbezeichnung des Sachverständigen können durch die Handelskammer oder einen von ihr beauftragten Dritten gespeichert und in Listen oder auf sonstigen Datenträgern veröffentlicht und auf Anfrage jedermann zur Verfügung gestellt werden.

III. Pflichten des öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen

§ 9 Unabhängige, weisungsfreie, gewissenhafte und unparteiische Aufgabenerfüllung

- (1) Der Sachverständige darf sich bei der Erbringung seiner Leistungen keiner Einflussnahme aussetzen, die seine Vertrauenswürdigkeit und die Glaubhaftigkeit seiner Aussagen gefährdet (Unabhängigkeit).
- (2) Der Sachverständige darf keine Verpflichtungen eingehen, die geeignet sind, seine tatsächlichen Feststellungen und Beurteilungen zu verfälschen (Weisungsfreiheit).
- (3) Der Sachverständige hat seine Aufträge unter Berücksichtigung des aktuellen Standes von Wissenschaft, Technik und Erfahrung mit der Sorgfalt eines ordentlichen Sachverständigen zu erledigen. Die tatsächlichen Grundlagen seiner fachlichen Beurteilungen sind sorgfältig zu ermitteln und die Ergebnisse nachvollziehbar zu begründen. Er hat in der Regel die von den Industrie- und Handelskammern herausgegebenen Mindestanforderungen an Gutachten und sonstigen von den Industrie- und Handelskammern herausgegebenen Richtlinien zu beachten (Gewissenhaftigkeit).
- (4) Der Sachverständige hat bei der Erbringung seiner Leistung stets darauf zu achten, dass er sich nicht der Besorgnis der Befangenheit aussetzt. Er hat bei der Vorbereitung und Erarbeitung seines Gutachtens strikte Neutralität zu wahren, muss die gestellten Fragen objektiv und unvoreingenommen beantworten (Unparteilichkeit). Insbesondere darf der Sachverständige nicht
 - Gutachten in eigener Sache oder für Objekte und Leistungen seines Dienstherrn oder Arbeitgebers erstatten.
 - Gegenstände erwerben oder zum Erwerb vermitteln, eine Sanierung oder Regulierung der Objekte durchführen, über die er ein Gutachten erstellt hat, es sei denn, er erhält den entsprechenden Folgeauftrag nach Beendigung des Gutachtenauftrags und seine Glaubwürdigkeit wird durch die Übernahme dieser Tätigkeiten nicht infrage gestellt.

§ 10 Persönliche Aufgabenerfüllung und Beschäftigung von Hilfskräften
(1) Der Sachverständige hat die von ihm angeforderten Leistungen unter Anwendung der ihm zuerkannten Sachkunde in eigener Person zu erbringen (persönliche Aufgabenerfüllung).
(2) Der Sachverständige darf Hilfskräfte nur zur Vorbereitung seiner Leistung und nur insoweit beschäftigen, als er ihre Mitarbeit ordnungsgemäß überwachen kann; der Umfang der Tätigkeit der Hilfskraft ist kenntlich zu machen, soweit es sich nicht um Hilfsdienste von untergeordneter Bedeutung handelt.
(3) Hilfskraft ist, wer den Sachverständigen bei der Erbringung seiner Leistung nach dessen Weisungen auf dem Sachgebiet unterstützt.
§ 11 Verpflichtung zur Gutachtenerstattung
(1) Der Sachverständige ist zur Erstattung von Gutachten für Gerichte und Verwaltungsbehörden nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften verpflichtet.
(2) Der Sachverständige ist zur Erstattung von Gutachten und zur Erbringung sonstiger Leistungen i.S.v. § 2 Absatz 2 auch gegenüber anderen Auftraggebern verpflichtet. Er kann jedoch die Übernahme eines Auftrags verweigern, wenn ein wichtiger Grund vorliegt; die Ablehnung des Auftrags ist dem Auftraggeber unverzüglich zu erklären.
§ 12 Form der Gutachtenerstattung; gemeinschaftliche Leistungen
(1) Soweit der Sachverständige mit seinem Auftraggeber keine andere Form vereinbart hat, erbringt er seine Leistungen in Schriftform oder in elektronischer Form. Erbringt er sie in elektronischer Form, trägt er für eine der Schriftform gleichwertige Fälschungssicherheit Sorge.
(2) Erbringen Sachverständige eine Leistung gemeinsam, muss zweifelsfrei erkennbar sein, welcher Sachverständige für welche Teile verantwortlich ist. Leistungen in schriftlicher oder elektronischer Form müssen von allen beteiligten Sachverständigen unterschrieben oder elektronisch gekennzeichnet werden. § 13 gilt entsprechend.
(3) Übernimmt ein Sachverständiger Leistungen Dritter, muss er darauf hinweisen.
§ 13 Bezeichnung als „öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger“
(1) Der Sachverständige hat bei Leistungen im Sinne von § 2 Abs. 2 in schriftlicher oder elektronischer Form auf dem Sachgebiet, für das er öffentlich bestellt ist, die Bezeichnung „von der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für ...“ zu führen und seinen Rundstempel zu verwenden. Wurde der Sachverständige von einer anderen Bestellungskörperschaft bestellt, so verwendet er seinen abweichenden Tenor und weist gleichzeitig auf die Zuständigkeit dieser Kammer hin.
(2) Unter die in Absatz 1 genannten Leistungen soll der Sachverständige nur seine Unterschrift und seinen Rundstempel setzen. Im Fall der elektronischen Übermittlung ist die qualifizierte elektronische Signatur oder ein funktionsäquivalentes Verfahren zu verwenden.
(3) Bei Sachverständigenleistungen auf anderen Sachgebieten darf der Sachverständige nicht in wettbewerbswidriger Weise auf seine öffentliche Bestellung hinweisen oder hinweisen lassen.

§ 14 Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten
(1) Der Sachverständige hat über jede von ihm angeforderte Leistung Aufzeichnungen zu machen. Aus diesen müssen ersichtlich sein: a) der Name des Auftraggebers, b) der Tag, an dem der Auftrag erteilt worden ist, c) der Gegenstand des Auftrags und d) der Tag, an dem die Leistung erbracht oder die Gründe, aus denen sie nicht erbracht worden ist.
(2) Der Sachverständige ist verpflichtet, a) die Aufzeichnungen nach Abs.1 b) ein vollständiges Exemplar des Gutachtens oder eines entsprechenden Ergebnismachweises einer sonstigen Leistung nach § 2 Abs. 2 und c) die sonstigen schriftlichen Unterlagen, die sich auf seine Tätigkeit als Sachverständiger beziehen, mindestens 10 Jahre lang aufzubewahren. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die Aufzeichnungen zu machen oder die Unterlagen entstanden sind.
(3) Werden die Dokumente gemäß Abs. 2 auf Datenträgern gespeichert, muss der Sachverständige sicherstellen, dass die Daten während der Dauer der Aufbewahrungsfrist verfügbar sind und jederzeit innerhalb angemessener Frist lesbar gemacht werden können. Er muss weiterhin sicherstellen, dass die Daten sämtlicher Unterlagen nach Abs. 2 nicht nachträglich geändert werden können.
§ 15 Haftungsausschluss; Haftpflichtversicherung
(1) Der Sachverständige darf seine Haftung für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit nicht ausschließen oder beschränken.
(2) Der Sachverständige soll eine Haftpflichtversicherung in angemessener Höhe abschließen und während der Zeit der Bestellung aufrechterhalten. Er soll sie in regelmäßigen Abständen auf Angemessenheit überprüfen.
§ 16 Schweigepflicht
(1) Dem Sachverständigen ist untersagt, bei der Ausübung seiner Tätigkeit erlangte Kenntnisse Dritten unbefugt mitzuteilen oder zum Schaden anderer oder zu seinem oder zum Nutzen anderer unbefugt zu verwenden.
(2) Der Sachverständige hat seine Mitarbeiter zur Beachtung der Schweigepflicht zu verpflichten.
(3) Die Schweigepflicht des Sachverständigen erstreckt sich nicht auf die Anzeige- und Auskunftspflichten nach §§ 19 und 20.
(4) Die Schweigepflicht des Sachverständigen besteht über die Beendigung des Auftragsverhältnisses hinaus. Sie gilt auch für die Zeit nach dem Erlöschen der öffentlichen Bestellung.
§ 17 Fortbildungspflicht und Erfahrungsaustausch
Der Sachverständige hat sich auf dem Sachgebiet, für das er öffentlich bestellt und vereidigt ist, im erforderlichen Umfang fortzubilden und den notwendigen Erfahrungsaustausch zu pflegen. Er hat der Handelskammer regelmäßig geeignete Nachweise darüber vorzulegen.
§ 18 Werbung
Die Werbung des öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen muss seiner besonderen Stellung und Verantwortung gerecht werden.

§ 19 Anzeigepflichten
Der Sachverständige hat der Handelskammer unverzüglich anzuzeigen: a) die Änderung seiner nach § 5 Abs. 1 S. 1 die örtliche Zuständigkeit begründenden Niederlassung und die Änderung seines Wohnsitzes; b) die Errichtung und tatsächliche Inbetriebnahme oder Schließung einer Niederlassung; c) die Änderung seiner oder die Aufnahme einer weiteren beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit, insbesondere den Eintritt in ein Arbeits- oder Dienstverhältnis; d) die voraussichtlich länger als drei Monate dauernde Verhinderung an oder Einschränkung bei der Ausübung seiner Tätigkeit als Sachverständiger, insbesondere auch aufgrund einer Beeinträchtigung seiner körperlichen oder geistigen Leistungsfähigkeit; e) den Verlust der Bestellsurkunde, des Ausweises oder des Rundstempels; f) die Leistung der Vermögensauskunft gemäß § 802 c Zivilprozessordnung und den Erlass eines Haftbefehls zur Erzwingung der Abgabe der Vermögensauskunft gemäß § 802 g Zivilprozessordnung; g) die Stellung des Antrages auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über sein Vermögen oder das Vermögen einer Gesellschaft, deren Vorstand, Geschäftsführer oder Gesellschafter er ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens und die Abweisung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse; h) den Erlass eines Haft- oder Unterbringungsbefehls, die Erhebung der öffentlichen Klage und den Ausgang des Verfahrens in Strafverfahren, wenn der Tatvorwurf auf eine Verletzung von Pflichten schließen lässt, die bei der Ausübung der Sachverständigentätigkeit zu beachten sind, oder er in anderer Weise geeignet ist, Zweifel an der persönlichen Eignung oder besonderen Sachkunde des Sachverständigen hervorzurufen. i) die Gründung von Zusammenschlüssen nach § 21 oder den Eintritt in einen solchen Zusammenschluss.
§ 20 Auskunftspflichten, Überlassung von Unterlagen
(1) Der Sachverständige hat auf Verlangen der Handelskammer die zur Überwachung seiner Tätigkeit und der Einhaltung seiner Pflichten sowie zur Prüfung seiner Eignung erforderlichen mündlichen oder schriftlichen Auskünfte innerhalb der gesetzten Frist und unentgeltlich zu erteilen und angeforderte Unterlagen vorzulegen. Er kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen seiner Angehörigen (§ 52 Strafprozessordnung) der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.
(2) Der Sachverständige hat auf Verlangen der Handelskammer die aufbewahrungspflichtigen Unterlagen (§14) in deren Räumen vorzulegen und angemessene Zeit zu überlassen.
§ 21 Zusammenschlüsse
Der Sachverständige darf sich zur Ausübung seiner Sachverständigentätigkeit mit anderen Personen in jeder Rechtsform zusammenschließen. Dabei hat er darauf zu achten, dass seine Glaubwürdigkeit, sein Ansehen in der Öffentlichkeit und die Einhaltung seiner Pflichten nach dieser Sachverständigenordnung gewährleistet sind.

IV. Erlöschen der öffentlichen Bestellung
§ 22 Erlöschen der öffentlichen Bestellung
(1) Die öffentliche Bestellung erlischt, wenn a) der Sachverständige gegenüber der Handelskammer erklärt, dass er nicht mehr als öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger tätig sein will; b) der Sachverständige keine Niederlassung mehr im Geltungsbereich des Grundgesetzes unterhält; c) die Zeit, für die der Sachverständige öffentlich bestellt ist, abläuft; d) die Handelskammer die öffentliche Bestellung zurücknimmt oder widerruft.
(2) Die Handelskammer löscht Namen und Kontaktdaten des Sachverständigen von der Webseite www.svv.ihk.de und ggf. von weiteren elektronischen Medien, sobald die öffentliche Bestellung erloschen ist.
§ 23 Rücknahme; Widerruf
Rücknahme und Widerruf der öffentlichen Bestellung richten sich nach den Bestimmungen des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes.
§ 24 Rückgabepflicht von Bestellsurkunde, Ausweis und Rundstempel
Der Sachverständige hat nach Erlöschen der öffentlichen Bestellung der Handelskammer Bestellsurkunde, Ausweis und Rundstempel zurückzugeben.
V. Vorschriften über die öffentliche Bestellung und Vereidigung sonstiger Personen
§ 25 Entsprechende Anwendung
Diese Vorschriften sind entsprechend auf die öffentliche Bestellung und Vereidigung von besonders geeigneten Personen anzuwenden, die auf den Gebieten der Wirtschaft a) bestimmte Tatsachen in Bezug auf Sachen, insbesondere die Beschaffenheit, Menge, Gewicht oder richtige Verpackung von Waren feststellen oder b) die ordnungsmäßige Vornahme bestimmter Tätigkeiten überprüfen, soweit hierfür nicht besondere Vorschriften erlassen worden sind.
§ 26 Inkrafttreten
Diese Sachverständigenordnung tritt am Tag nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem das Mitteilungsblatt der Handelskammer, in dem sie entsprechend der Satzung der Handelskammer veröffentlicht wird, herausgegeben worden ist. Die Sachverständigenordnung vom 29. Februar 2016 tritt damit außer Kraft.
Bremen, den 13. März 2023
Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven gez. Eduard Dubbers-Albrecht (Präses) Dr. Matthias Fonger (Hauptgeschäftsführer und I. Syndicus)



Aus dem Plenum

Themen der

Plenarsitzung in Bremen am

13. Februar 2023

waren unter anderem diese:

- *Aktuelles*
- *Jahresbericht 2022*
- *Benennungen für den DIHK-Ausschuss Bau- und Immobilienwirtschaft*

Präses Eduard Dubbers-Albrecht berichtete über den aktuellen Sachstand zur Ausbildungsumlage. In diesem Zusammenhang informierte Julian Beckh (Sprecher der Wirtschaftsunioren Bremen) über die von den Wirtschaftsunioren federführend organisierte Initiative einer Petition gegen die Ausbildungsumlage.

Präses Eduard Dubbers-Albrecht informierte über die aktuellen Entwicklungen zum Hinweisgeberschutzgesetz. Der Bundesrat hat am 10. Februar 2023 dem Hinweisgeberschutzgesetz die für den Abschluss des Gesetzgebungsver-

fahrens notwendige Zustimmung verweigert; insofern ist das Gesetzgebungsverfahren zunächst gestoppt worden.

Präses Eduard Dubbers-Albrecht erläuterte, dass mit dem Jahresbericht 2022 die Handelskammer Bremen prägnant und informativ die Tätigkeiten der Kammer des vergangenen Jahres darstellt. Der Jahresbericht arbeitet mit kurzen Texten und anschaulichem Grafik- und Bildmaterial, das die Leistungen der Handelskammer für die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven dokumentiert. Das Plenum stimmte dem vorgelegten Entwurf des Jahresberichtes der Handelskammer Bremen 2022 einstimmig zu.

Präses Eduard Dubbers-Albrecht informierte, dass die Vollversammlung der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) am 24. Januar 2023 die Einrichtung eines DIHK Bau- und Immobilienausschusses beschlossen hat. Dieser soll sich mit Themen wie beispielsweise Baurecht,



Peter Adrian wurde als Präsident an der DIHK-Spitze bestätigt.

Foto DIHK/Jens Schicke

DIHK-Vollversammlung vollendet Rechtsformwechsel

Die 79 deutschen Industrie- und Handelskammern (IHKs) haben am 24. Januar in einer Vollversammlung die Transformation des DIHK e.V. von einem privatrechtlichen Verein in die DIHK als Körperschaft des öffentlichen Rechts abgeschlossen. Dabei wählten sie den Präsidenten der IHK Trier, Peter Adrian, zum ersten Präsidenten der Deutschen Industrie- und Handelskammer. Der 65-Jährige war seit März 2021 bereits Präsident des DIHK.

Der Rechtsformwechsel wurde auch beim Plenum der Handelskammer Bremen am 13. Februar thematisiert. Die IHKs und Handelskammern sind nun gesetzliche Mitglieder der neuen DIHK. Sie hat die Aufgabe, das Gesamtinteresse der gewerblichen Wirtschaft auf

nationaler, europäischer und internationaler Ebene wahrzunehmen. Sie koordiniert auch das Netz der Auslandshandelskammern, Delegiertenbüros und Repräsentanzen als Instrument der Außenwirtschaftsförderung. Darüber hinaus unterstützt sie die Zusammenarbeit der Industrie- und Handelskammern bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben.



www.handelskammer-magazin.de/dihk-rechtsform



Baukosten, Energieverbrauch und Klimaschutz im Gebäudesektor sowie Vermietung und Verwaltung von Immobilien befassen. Darüber hinaus soll er baupolitische Positionierungen der DIHK gegenüber der Politik vorbereiten. Der Handelskammer Bremen stehen insgesamt drei Sitze in diesem Gremium zu. Das Plenum stimmte der Benennung von Marco Bremermann, Lars Wübben und Olaf Orb für den DIHK-Ausschuss Bau- und Immobilienwirtschaft einstimmig – bei Enthaltung eines Betroffenen – zu.

Dr. Matthias Fonger berichtete über die neue Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), die nach dem modifizierten IHK-Gesetz zum 1. Januar 2023 gebildet wurde und zu der am 24. Januar 2023 eine Gründungsvollversammlung mit der Wahl des Präsidenten und des neuen Präsidiums stattfand.

Nicola Illing (Geschäftsführerin der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e.V.) sprach über die

Zukunftsstrategie der Metropolregion Nordwest. Zunächst stellte sie die Mitgliederstruktur dar. Sowohl der Vorstand als auch die Mitgliederversammlung sind paritätisch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Verwaltung besetzt. Die Metropolregion steht für die Unterstützung und Förderung regionaler Aktivitäten zur Erhöhung der regionalen Sichtbarkeit, der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit sowie der Lebensqualität, für die länderübergreifende regionale Zusammenarbeit und für Vernetzung. Neben der Vorstellung der neuen Förderrichtlinie berichtete sie von Aktivitäten der Metropolregion (u.a. NordWest Awards und Aktivitäten rund um die Wasserstofftage Nordwest). Peter Hoffmeyer (1. Vorsitzender) führte aus, dass die gesamte Metropolregion und deren Veranstaltungen eine Plattform für Wissenstransformation darstellen. Seit 2022 haben Nicola Illing und er alle Mitglieder (11 Landkreise, fünf kreisfreie Städte, drei IHKs)

Bremen Burgas Busan

We are where you are

Gebrüder Weiss
Transport and Logistics



besucht, um in Erfahrung zu bringen, wie die Erwartungshaltung an die Metropolregion sei. Hierbei stellte sich heraus, dass neben der Energietransformation die Flächenkonkurrenz ein wichtiges Thema sei. Eines der wichtigsten Instrumente der Metropolregion besteht darin, ein breites Netzwerk und Aufmerksamkeiten zu schaffen. Mit dem

Thema Energietransformation („Come to where the power is“) kann auf die Gesamtregion aufmerksam gemacht werden, um als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort attraktiver zu werden und langfristig auch dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.



Aus dem Plenum

Themen der
**Plenarsitzung in Bremen am
13. März 2023**
waren unter anderem diese:

- *Aktuelles*
- *Ausbildungsabgabe*
- *Standortumfrage*
- *Positionen zur Bürgerschaftswahl*
- *Änderung der Sachverständigenordnung der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven*
- *Benennung von Mitgliedern für den Verwaltungsrat der Hermann-Leverenz-Stiftung.*

Präses Dubbers-Albrecht informierte über die am 13. März 2023 durch den Aufsichtsrat der Warenhaus-Kette Galeria Karstadt Kaufhof beschlossene Schließung von insgesamt 52 Filialen, von der auch der Bremer Standort in der Oberstraße betroffen ist.

Michael Zeimet stellte die bundesweite IHK-Ausbildungskampagne der DIHK vor. Ziel sei es, junge Menschen für die duale Ausbildung zu begeistern, die duale Ausbildung noch attraktiver zu gestalten und Karrierechancen zu präsentieren. Die Ausbildungskampagne hat am 9. März 2023 begonnen. Unter dem Hashtag #könnenlernen können die Erfahrungen und Erlebnisse echter Azubis unter [tiktok.com/@die.azubis](https://www.tiktok.com/@die.azubis) verfolgt werden.

Präses Dubbers-Albrecht berichtete über den aktuellen Sachstand zur Ausbildungsabgabe. In diesem Zusammenhang informierte auch Julian Beckh (Past-Speaker der Wirt-

schaftsjunioren Bremen) über das von den Wirtschafts-junioren federführend organisierte Aktionsbündnis gegen die Ausbildungsumlage. Das Plenum stimmte einstimmig zu, dass alle rechtlichen Möglichkeiten zur Überprüfung des Gesetzentwurfs oder des beschlossenen Gesetzes zur Einrichtung eines Ausbildungsunterstützungsfonds ausgeschöpft und die dazu notwendigen Maßnahmen ergriffen werden können. Die Zustimmung des Plenums umfasste auch einen Normenkontrollantrag beim Staatsgerichtshof in Bremen, eine Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht sowie alle Prozessschritte auf dem Verwaltungsrechtsweg oder vor dem Bundesverwaltungsgericht. Die Vornahme rechtlicher Schritte gegen den Ausbildungsfonds kann gegebenenfalls gemeinsam mit anderen Kammern und Verbänden erfolgen.

Olaf Orb informierte über die Ergebnisse der Unternehmensbefragung zur Attraktivität der Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven. Insgesamt haben 888 Personen an der Umfrage teilgenommen. Als Unternehmensstandort erhält das Land Bremen von den Befragten die Schulnote 3,0, die Zufriedenheit ist damit im Gegensatz zur letzten Umfrage im Jahr 2019 (2,9) gesunken. Folgende Handlungsfelder mit besonders großem Handlungsbedarf wurden im Rahmen der Standortumfrage für das Land Bremen identifiziert:

1. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit
2. Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung (Gesamtkategorie)
3. Innenstädte, Einzelhandels- und Dienstleistungsangebote

„Das Hotel Haverkamp bildet seit Jahrzehnten junge Menschen aus. Für unsere Zukunft tun wir das gerne. Dazu brauchen wir weder eine Zwangsabgabe noch mehr Bürokratie.“
Martin Seiffert - Hotel Haverkamp, Seiffert GmbH

„Wir bilden aus, um den Fortbestand unseres Handwerks mit Fachkräften zu sichern. Eine staatliche Ausbildungsabgabe hilft uns nicht, junge Menschen für eine Ausbildung im Handwerk zu begeistern.“
Svenja Genuttis-Wiebalck - H. Genuttis Sanitär- und Heizungstechnik GmbH

„Wir brauchen ein Bildungssystem, das stetiges Lernen fördert. Das ist auch nach einer Ausbildung im Berufsalltag ständig erforderlich, um mit digitalen und technischen Entwicklungen mitzuhalten. Da hilft eine Ausbildungsabgabe wirklich nicht!“
Janet Markus - LD7 GmbH

JA
zu besserer Bildung!
NEIN
zur Ausbildungsabgabe!

Jetzt Petition unterschreiben!
[nein-zur-ausbildungsabgabe.de](https://www.nein-zur-ausbildungsabgabe.de)

4. Schulen und Kinderbetreuung
5. Breitbandversorgung
6. Lokales Straßennetz
7. Niveau kommunaler Steuern, Gebühren und Abgaben
8. Verfügbarkeit von Fach- und Arbeitskräften (Gesamtkategorie)
9. Wohnraumangebot
10. Image der Städte

Dr. Matthias Fonger stellte das Forderungspapier „Freiheit, Bildung, Innovation, Pragmatismus – Was die Unternehmen im Land für die nächste Legislaturperiode erwarten“ vor. Grundlage des Forderungspapiers ist die Standortumfrage der Handelskammer Bremen. Diese umfassende Erhebung hat konkrete Handlungsbedarfe für die beiden Wirtschaftsstandorte aufgezeigt. Das Plenum stimmte dem Positionspapier „Freiheit, Bildung, Innovation, Pragmatismus“ einstimmig zu.

Karlheinz Heidemeyer erläuterte die vorgeschlagenen Änderungen der Sachverständigenordnung der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven. Maßgebliche Änderung ist die nunmehr geltende bundesweite und lückenlose Veröffentlichungspflicht der Namen der Sachverständigen unter www.svv.ihk.de. Das Plenum stimmte der Änderung der Sachverständigenordnung einstimmig zu.

Präses Dubbers-Albrecht informierte, dass die Hermann-Leverenz-Stiftung die duale Ausbildung junger Bremer und Bremerhavener Kaufleute fördert und dass die aktuelle Amtsperiode des Verwaltungsrats der Stiftung zum 31. Mai 2023 ausläuft. Das Plenum stimmte der Wiederbenennung von André Grobien, Stephanie Silber, Stefan Storch, Wolfgang Vogt-Jordan und Michael Zeimet einstimmig bei gleichzeitiger Enthaltung des anwesenden Betroffenen zu.

Zahlreiche Unternehmerinnen und Unternehmer beteiligen sich aktiv an Aktionen gegen die Ausbildungsabgabe.

WWW.BARTRAM-BAUSYSTEM.DE

Von der Vision
über zum Projekt.
3000
Referenzen
im Industrie- und Gewerbebau



BARTRAM
BAU-SYSTEM

Das individuelle Bau-System

- ✓ Entwurf und Planung
- ✓ Festpreis
- ✓ Fixtermin
- ✓ 50 Jahre Erfahrung
- ✓ Alles aus einer Hand

Wir beraten Sie gern persönlich.
Dipl.-Ing. Fr. Bartram GmbH & Co. KG
Ziegeleistraße · 24594 Hohenwestedt

Tel. +49 (0) 4871 778-0
Fax +49 (0) 4871 778-105
info@bartram-bausystem.de



MITGLIED GÜTEGEMEINSCHAFT BETON



Aus den Ausschüssen



Foto: Handelskammer Bremen

Der Außenwirtschaftsausschuss am 14. März

Ausschuss für IT, Design und Medien, 24. Januar

Der Ausschuss diskutierte über den Wandel der Arbeitswelt. Dabei standen die Herausforderungen und Perspektiven im Mittelpunkt, die sich während der Corona-Pandemie in den Unternehmen ergeben haben. Knut Bensen, Netzwerkpartner der Orbitak AG, lieferte einen ersten Input und diskutierte mit den Ausschussmitgliedern über unterschiedliche Varianten des Arbeitens – z.B. mobil, hybrid oder multiple Arbeitszeitmodelle. Im Fokus standen die Veränderungen aus der Sicht der Mitarbeitenden sowie aus Sicht der Unternehmerinnen und Unternehmer. Wichtig war auch der Austausch über Aspekte wie den gefühlten „Homeoffice-Besitzstand“ von Mitarbeitenden einerseits und die Absicherung der sozialen Bindung oder des Know-how-Transfers innerhalb des Unternehmens andererseits.

Kontakt:
Dr. Stefan Offenhäuser, 0421/3937-245
offenhaeuser@handelskammer-bremen.de

Nahrungs- und Genussmittelausschuss, 28. Februar

Sonja Pannenbecker von der Verbraucherzentrale informierte über aktuelle Themen aus dem Lebensmittelbereich, beispielsweise gesunde Ernährung, Kennzeichnun-

gen, Nahrungsergänzungsmittel und die Vermeidung von Lebensmittelabfällen. Anschließend entfaltete sich eine Diskussion über das Anprangern einzelner Lebensmittelhersteller durch TV-Verbrauchermagazine. Ausschussmitglieder boten der Verbraucherzentrale an, die Expertise des Ausschusses zu nutzen und einen regelmäßigen Dialog zu führen. Im Anschluss stellte Geschäftsführer Florian Berendt das Unternehmen Entosus vor, das Grillen als Lebensmittel züchtet und verarbeitet. Hintergrund ist der weltweit steigende Fleischkonsum, der mit erheblichem Wasserverbrauch und CO₂-Ausstoß einhergeht. Die anschließende Diskussion zeigte, dass großes Interesse an Grillen als Nahrungsmittel besteht.

Kontakt:
Dr. Frank Thoss, Tel. 0421 3637-360
thoss@handelskammer-bremen.de

Außenwirtschaftsausschuss, 14. März

Schwere Kost für den Außenwirtschaftsausschuss: Auf der Agenda stand zum einen die wissenschaftliche Auswertung von Datenerhebungen zur Importabhängigkeit der Wirtschaft von China. Betrachtet wurde dabei u.a. die Bedeutung von aus China bezogenen Vorleistungsgütern für die deutsche Industrie und die grundsätzliche Frage, ob es im Zuge der Diversifizierung von Lieferketten überhaupt möglich sei, produktionsrelevante Teile zu subs-

tituieren – Teile von zumeist geringem Warenwert, aber größtmöglicher Bedeutung. Anschließend stellte Ela Louise Kruse, Referentin im Brüsseler Büro der IHK Nord, die Handelspolitik der EU unter der Überschrift einer „offenen strategischen Autonomie“ vor und was dessen Ansatz, auf höhere Resilienz statt Effizienz zu setzen, für die Unternehmenspraxis kleiner und mittelständischer Betriebe bedeuten könne.

Kontakt:
Volkmar Herr, Tel. 0421 3637-240
herr@handelskammer-bremen.de

Berufsbildungsausschuss, 15. März

Silke Klegin, Vorsitzende des Berufsbildungsausschusses, und Handelskammer-Geschäftsführer Michael Zeimet führten in die Hintergründe des geplanten Ausbildungsfonds in Bremen ein. Die Mitglieder diskutierten über den Sinn und Zweck eines Fonds in Zeiten des Fachkräftemangels und fehlender Auszubildenden. Um für die duale Ausbildung zu werben, starteten die Industrie- und Handelskammern am 9. März eine bundesweite Azubi-Kampagne, die auf drei Jahre angelegt ist: Azubis geben Schülerinnen und Schülern einen authentischen Einblick in ihren Ausbildungsalltag und ihr Leben – verbunden mit Tipps und Tricks aus dem Alltag. Michael Zeimet präsentierte darüber

hinaus den IHK-Ausbildungshaushalt mit seinen Ist- und Planzahlen 2021/2022.

Kontakt:
Michael Zeimet, Telefon 0421 3637-280
zeimet@handelskammer-bremen.de

Ausschuss für Mittelstand, 15. März

Der Ausschuss fokussierte sich auf das Thema Fachkräfte und New Work. Frank Schomburg, Geschäftsführer der Nextpractice GmbH, referierte über den Wandel der Arbeits- und Führungskultur. Im selben Maße, wie Strukturen erodieren und Arbeitsmentalitäten sich ausdifferenzieren, müssten sich auch Unternehmen und Führungsstile wandeln, betonte er. Die veränderten Anforderungen seien jedoch keine Generationenfrage, sondern ein gesellschaftlicher Trend. Im Anschluss informierte Rena Fehre vom RKW Bremen über New Work in der Praxis und Unterstützungsangebote für Unternehmen. Der Ausschuss war sich einig, dass die Fachkräftefrage differenziert zu betrachten sei und sich nicht mit einzelnen Vorgaben wie einer Ausbildungsabgabe lösen lasse.

Kontakt:
Dr. Frank Thoss, Tel. 0421 3637-360
thoss@handelskammer-bremen.de

Design – Bau – Service

Immobilien mit System



GOLDBECK Niederlassung Bremen
Kaspar-Faber-Straße 2a, 28355 Bremen
Tel. +49 421 27658-0, bremen@goldbeck.de

building excellence
goldbeck.de



Service-Infos, Chronik, Veranstaltungen,
Auszeichnungen, Börsen



Foto: iStock/Valery G

Individuelle Hilfe bei der Ausbildung – und auf dem Weg dorthin

Wenn es Probleme rund um das Thema Ausbildung gibt, steht die Jugendberufsagentur (JBA) als Ansprechpartnerin bereit: Das ist eine der Kernbotschaften, die JBA-Repräsentantin Carola Brunotte den Unternehmen im Land Bremen vermitteln möchte. Zwei wichtige Angebote zur Förderung Jugendlicher, die eine besondere Unterstützung benötigen, sind die Assistierte Ausbildung und die Aufsuchende Beratung.

Die Assistierte Ausbildung (AsA), früher „ausbildungsbegleitende Hilfen“, richtet sich an junge Menschen, die bereits eine Ausbildung begonnen haben – dabei aber Gefahr laufen, sie nicht erfolgreich zum Abschluss zu bringen. „Anspruch auf AsA haben alle Auszubildenden, die ohne Unterstützung ihre Ausbildung viel-

leicht nicht schaffen würden“, erläutert Carola Brunotte, Repräsentantin der Jugendberufsagentur. Dabei ist es egal, ob es um schlechte Noten in der Berufsschule, Konflikte im Betrieb, familiäre Probleme oder zum Beispiel eine Schuldenproblematik geht: Dank unterschiedlicher Werkzeuge stellt das Programm individuelle Hilfe zur Verfügung.

Bei Bedarf erhalten die Auszubildenden Stützunterricht zum Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten und bekommen fachtheoretische Fertigkeiten vermittelt. Zur Stabilisierung der Berufsausbildung können neben Betriebsbesuchen durch die zuständige Bezugsperson des AsA-Trägers auch sozialpädagogische Fachkräfte hinzugezogen werden. Der Betrieb erhält auf Wunsch Hilfestellungen bei der Organisation und Durchführung der Ausbildung sowie Begleitung im Be-

triebsalltag. „Wichtig ist, dass nur der oder die Auszubildende den Antrag auf AsA stellen kann“, macht Brunotte deutlich. „Die Betriebe können die Informationen dazu weitergeben, aber funktionieren kann das Ganze letztlich nur, wenn der Jugendliche die Unterstützung auch annehmen will.“

Der Einstieg ist jederzeit möglich, auch schon im Vorfeld der Ausbildung während einer Einstiegsqualifizierung. „Manche nehmen das Angebot während der gesamten Ausbildungszeit in Anspruch“, erläutert Brunotte. „Andere sind nur für wenige Wochen dabei – zum Beispiel, wenn sie Prüfungsangst haben und gezielte Hilfe bei der Prüfungsvorbereitung brauchen.“ Die JBA-Repräsentantin ist überzeugt: Es ließen sich deutlich mehr Ausbildungsabbrüche verhindern, wenn die Assistierte Ausbildung in den Betrieben und bei ihren Auszubildenden bekannter wäre. „Das ist ein gutes Instrument, das schon vielen geholfen hat“, betont sie.



Foto: Karsten Klama

» **Manche nehmen das Angebot während der gesamten Ausbildungszeit in Anspruch. Andere sind nur für wenige Wochen dabei – zum Beispiel, wenn sie Prüfungsangst haben und gezielte Hilfe bei der Prüfungsvorbereitung brauchen.**

Carola Brunotte

Unterstützung schon auf dem Weg in die Ausbildung

Eine andere Zielgruppe hat die Aufsuchende Beratung: Sie richtet sich an junge Erwachsene bis zu einem Alter von 25 Jahren, die üblicherweise nicht mehr schulpflichtig sind und die bezüglich ihres Weges von der Schule in die Ausbildung und den Beruf Unterstützungsbedarf haben. Das zuständige Beratungsteam der JBA geht gezielt auf diejenigen zu, die noch nicht (oder nicht mehr) an einem der regulären Beratungs- und Unterstützungssysteme teilnehmen oder die gefährdet sind, aus deren Strukturen herauszufallen. Im Fokus steht auch hier die individuelle Unterstützung, die unter anderem eine Stabilisierung der persönlichen Lebenslage sowie die Klärung beruflicher Perspektiven und Ziele umfasst.

Seit 2017 gibt es in Bremen außerdem die Aufsuchende Beratung für junge Geflüchtete, die seit Dezember letztes Jahres auch in Bremerhaven mit einer Stelle besetzt ist. Das Team der JBA tauscht sich mit Schulen und Übergangswohnheimen aus und beglei-

tet Geflüchtete zwischen 15 und 25 Jahren – unabhängig davon, ob sie schulpflichtig sind oder nicht, wie gut ihre Deutschkenntnisse sind und welchen Aufenthaltsstatus sie haben. Im Fokus des Beratungsangebots stehen Informationen rund um die berufliche Orientierung sowie die Unterstützung auf dem Weg in eine Einstiegsqualifizierung oder Ausbildung. Auch bei der Suche nach Sprachkursen oder anderen Angeboten erhalten die jungen Menschen gezielte Hilfe. (AW)

Kontakte

Assistierte Ausbildung:

Katja Blank, Telefon 0421/178-2512
Sascha Schweitzer, Telefon 0421/178-1176,
Mail: Bremen.Team-151@arbeitsagentur.de

Aufsuchende Beratung:

Heyo Hinrichs und Anja Mayer-Noack, Telefon 0421/361-12128,
(Bremen Mitte) und 0421/361-16129 (Bremen Nord)
Daniel Lüdemann und Imke Rehnelt-Buga, Telefon 0471/391987-47/-41,
(Bremerhaven)

Aufsuchende Beratung für junge Geflüchtete:

Bremen: Ramona Fischer, Telefon 0421/361-24176,
Mail: ramona.fischer@drk-bremen.de
Bremerhaven: Lara Schaaake, Telefon 0471/391987-48,
Mail: lara.schaaake@magistrat.bremerhaven.de

Ausbildungsberatung der Handelskammer Bremen

Auch die Ausbildungsberaterinnen und -berater der Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven stehen Jugendlichen und Unternehmen gerne für die Beantwortung ihrer Fragen und für die Vermittlung der passenden Kontakte zur Verfügung:
Tel.: 0421 3637-320
Mail: ausbildung@handelskammer-bremen.de

Jubiläen:
Die Handelskammer gratuliert

150 Jahre

- SLOMAN NEPTUN Schifffahrts-Aktiengesellschaft, gegründet 14. März 1873

100 Jahre

- Sterbekasse für das Ge-Be-In VVaG, gegründet 30. März 1923

50 Jahre

- BONUM GmbH, gegründet 3. April 1973

25 Jahre

- Nordseewoche Marketing GmbH, gegründet 5. März 1998
- Corinna Carlsson, gegründet 12. März 1998
- Erlebniskontor GmbH, gegründet 19. März 1998

- X-Label Beteiligungs GmbH, gegründet 27. März 1998
- Akku Vertrieb Bremen Gunther Sznepka GmbH & Co. KG, gegründet 31. März 1998
- Michael Schultz, gegründet 31. März 1998
- Jens Sieben, gegründet 1. April 1998
- Gastro-Team Venhofen GmbH, gegründet 7. April 1998
- MEKO-S GmbH, gegründet 9. April 1998
- Schaufenster Fischereihafen Werbe- und Veranstaltungs-GmbH, gegründet 21. April 1998
- ted technologie & dienstleistungen GmbH, gegründet 28. April 1998
- HanseEvent GmbH Kongreß- & Medientechnik, gegründet 30. April 1998

Impressum

wirtschaft in Bremen und Bremerhaven
104. Jahrgang | April 2023
www.handelskammer-magazin.de

Herausgeber Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven, Am Markt 13, 28195 Bremen, Telefon 0421 3637-0, service@handelskammer-bremen.de, www.handelskammer-bremen.de

Verlag Carl Ed. Schünemann KG, Zweite Schlachtpforte 7, 28195 Bremen, Telefon 0421 36903-72, www.schuenemann-verlag.de

Vertriebsleitung Katrin Greinke, Telefon 0421 36903-44, greinke@schuenemann-verlag.de

Anzeigenleitung Daniela Kracht, Telefon 0421 36903-26, anzeigen@schuenemann-verlag.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8 vom 1. Januar 2023.

Chefredaktion Axel Kölling, wibb@k-ms.de

Ansprechpartner des Herausgebers Dr. Stefan Offenhäuser, Syndicus, offenhaeuser@handelskammer-bremen.de, und Christiane Weiß, Referentin Public Relations, weiss@handelskammer-bremen.de

Konzept, Grafik, Herstellung Carl Ed. Schünemann KG

Druck Druckerei Girzig & Gottschalk GmbH

Preise Einzelheft: Euro 2,50; Jahresabonnement: Euro 12,60
Die beitragspflichtigen Kammerzugehörigen erhalten die „Wirtschaft

in Bremen und Bremerhaven“ auf Anfrage kostenlos. Die Zeitschrift erscheint 6 Mal im Jahr. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt der Verlag keine Haftung. Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Quellenangabe gestattet. Sämtliche Rechte der Vervielfältigung liegen bei der Handelskammer Bremen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Handelskammer wieder. Anzeigen- und Redaktionsschluss ist der 6. des Vormonats.
ISSN 2509-3371

Erscheinungsweise bis zum 10. des Monats

Datenschutzhinweis Die personenbezogenen Daten werden auf der Basis der geltenden Datenschutzgesetze, insbesondere der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), zweckgebunden erhoben und verarbeitet. Wir geben Ihre Daten nur weiter, soweit ein Gesetz dies vorschreibt oder wir Ihre Einwilligung eingeholt haben. Die personenbezogenen Daten sind für die Lieferung Ihrer Ausgabe der „Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven“ erforderlich. Unsere Informationen zum Datenschutz nach Art. 13 und Art. 14 der EU-DSGVO können Sie auf unserer Internetseite unter www.schuenemann-verlag.de einsehen oder unter der Telefonnummer 0421-36903-76 bzw. über info@schuenemann-verlag.de anfordern.



Veranstaltungen

Die Handelskammer bietet mehr als 200 Workshops, Seminare, Vorträge und Weiterbildungen an. Die vollständige und tagesaktuelle Übersicht finden Sie online unter:

 www.handelskammer-bremen.de/veranstaltungen



Newsletter

Der wöchentliche Newsletter informiert Sie über Neues aus der Handelskammer und dem Online-Magazin. Hier kann er abonniert werden:

 www.handelskammer-bremen.de/newsletter



nexxt-change Unternehmensbörse

Sie suchen einen Betrieb, den Sie übernehmen können, oder einen Nachfolger für Ihr Unternehmen? Unter www.nexxt-change.org werden Sie fündig.

 www.nexxt-change.org



ecoFinder – die Umwelt-, Energie- und Arbeitsschutz-Datenbank der IHKs

Das „grüne Branchenbuch“ der IHK-Organisation bietet einen bundesweiten Überblick über Anbieter in der Umwelt-, Energie- und Arbeitsschutzbranche.

Kontakt:
Franziska Kaufmann, Tel. 0421 3637-364
kaufmann@handelskammer-bremen.de

 www.ihk-ecofinder.de



Die Aufbaugemeinschaft Bremen e. V.,
Bremens erste Bürgerinitiative

Das Sprachrohr Bremer Bürger für die Entwicklung unserer Stadt.

Das aktiv Forum engagierter Bremer Bürger.

Wir fördern die städtebauliche Entwicklung im Verbund mit Umwelt, Natur und Denkmalschutz der Stadt Bremen und der Nachbargemeinden.

Wir geben neue Denkanstöße.

Wir skizzieren neue Bauprojekte.

Wir zeigen städtebauliche Alternativen auf.

Wir stellen aktuelle Bauprojekte vor.

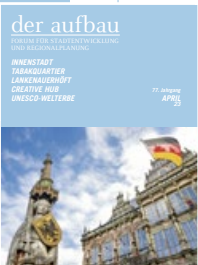
Wir verbinden Politik, Wirtschaft und Verwaltung.

Wir sind eine gemeinnützig anerkannte Vereinigung.

Weil Bremen eine starke unabhängige
städtebauliche Interessenvertretung braucht.

www.aufbaugemeinschaft.de

der aufbau



„Als Hochbau-Spezialisten bauen
wir schlüsselfertige Räume zum
Leben und Arbeiten.“



STRASSEN- U. TIEFBAU
HOCH- U. INGENIEURBAU
KABEL- U. ROHRLEITUNGSBAU

Gottfried Stehnke Bauunternehmung GmbH & Co. KG
stehnke.de / info@stehnke.de / Telefon: 0421 342938



Foto: Maison NaJa

Gründerinnen
Jana Schumacher
(rechts) und Nadine
Pilarczyk.

Auf den perfekten Geschmack gekommen

Nadine Pilarczyk und Jana Schumacher haben einen hochwertigen Schaumwein nach französischem Vorbild in traditioneller Flaschengärung kreiert und sich mit ihrem Bourrée selbstständig gemacht.

Es war keine Schnapsidee, sondern vielmehr die gemeinsame Leidenschaft für Schaumwein, die den Bourrée ins Leben gerufen hat: Jana Schumacher und Nadine Pilarczyk sind Freundinnen und seit Sommer 2022 auch Geschäftspartnerinnen. Sie haben einen eigenen Crémant Rosé kreiert, lassen ihn exklusiv produzieren und vertreiben ihn an Privatkunden, Fachhändler und die Gastronomie. Zurzeit noch nebenberuflich – aber die Nachfrage nach ihrem Bourrée steigt kontinuierlich.

Anfangs ging es ihnen darum, den perfekten Crémant zu finden. Sie machten Tastings und gingen mit ihrem Freundinnenkreis „Crémant – c’est bon“ in insbesondere von Frauen geführte Restaurants, die rosé Schaumwein auf der Karte hatten. „Es war oft sehr lecker, aber nie war der Perfekte dabei“, erzählt Jana Schumacher. „So entstand die Idee, dass wir einen eigenen Crémant brauchen.“

Gesagt, getan. Nach vielen Recherchen zur Herstellung und Verkostungen in Frankreich war ein französischer Winzer bereit, einen Crémant aus seinem Repertoire als „Bourrée“ zu verkaufen. „Das wollten wir aber nicht, der Bourrée sollte wirklich unsere eigene Kreation sein“, erzählt Nadine Pilarczyk. Etwas ernüchtert kehrten sie nach Deutschland zurück – bis ihnen ein Freund

den Tipp gab, es noch mal bei deutschen Winzern zu versuchen.

Schließlich entdeckten sie ein Weingut an der Nahe. „Der Winzer fand unsere Idee spannend und hat gleich gesagt: Das machen wir!“, sagt Nadine Pilarczyk. Dort entsteht nun nach der traditionellen Flaschengärung aus den Rebsorten Pinot Noir und Pinot Meunier ihr eigener Crémant Rosé mit dem Namen Bourrée: So heißt ein traditioneller französischer Tanz und es ist tatsächlich auch die weibliche französische Form von „betrunken“. Im Juli 2022 haben die zwei die Maison NaJa UG gegründet und die erste Palette mit 612 Flaschen wurde nach Bremen geliefert.

„Wir haben zunächst an Freunde und über unseren Online-Shop verkauft. Richtig viel Sichtbarkeit haben wir auf der Messe Fisch & Feines im November und auch über unsere Social Media Kanäle bekommen.“ Jana Schumacher ist die Kreative, Nadine Pilarczyk hat eher die Zahlen im Blick, begeistert sind sie beide. „So ergänzen wir uns perfekt. Zurzeit machen wir noch alles allein, aber wollen dennoch wachsen. Mal sehen, wie sich alles entwickelt!“

 www.thisisboureede.de



FIDES
Wir sind Vertrauen.

Wirtschaftsprüfer | Steuerberater
IT-Berater | Unternehmerberater

seit
Wir sind Vertrauen.
1919



**VERTRAUEN
VERBINDET.**

Seit über 100 Jahren.

www.fides-online.de

 **PRAXITY**
Empowering Business Globally



DONNER & REUSCHEL
PRIVATBANK SEIT 1798

225 Jahre

ANLAGEBERATUNG
VERMÖGENSVERWALTUNG
FINANZPLANUNG

Maike
Moewes

Oliver
Borm

Harald
Krüger

Tobias
Klemptner

**BANKHAUS DONNER & REUSCHEL FÜR SIE VOR ORT
IN BREMEN!**

LERNEN SIE UNS KENNEN:

www.donner-reuschel.de/bremen

Oder sprechen Sie uns direkt an:

Telefon 0421 163875 – 14, E-Mail bremen@donner-reuschel.de

